

# Der Deutsche Metallarbeiter

## Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die 6 gespalt. Colonnenzeile für Arbeitsgehalte 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

### Echtheit.

Sein größter Vorzug war der, daß er echt war. (Carlyle.)

Die Macht der Ware beherrscht den Markt und läuscht das ungeschulte Auge. Die Oberfläche trägt eben den Schein, das Innere bleibt verborgen. Mit der Oberfläche rechnen darum die meisten Menschen; süssen Reden, von denen die Gedanken nichts wissen, lachen und weinen ohne eine entsprechende Bewegung in der Gefühlswelt, und handeln, wie es andere verlangen und nicht, wie die innere Stimme es gebietet. Man spricht liebenswürdige Worte zum Freunde und berechnet gleichzeitig im Innern, welchen Vorteil man sich damit erkaufen kann; man drückt dem Kameraden bei einem Unglücksfalle in stummer Teilnahme die Hand, und im Innern jubelt die Schadenfreude; mit demotem Lächeln verbeugt man sich vor dem Vorgesetzten, nachdem man einige Minuten vorher bei andern die schärfsten Worte gegen ihn brauchte. Bei unerbittlicher Kontrolle des äußern und innern Lebens im Verkehr mit den Mitmenschen fände man selten eine Parallele oder Einheit.

Nur in ruhigen Stunden der Einsamkeit; Stunden, in denen man Einsicht hält ins eigene Innere, ist man ganz sich selber, und da läßt sich auch der innere Wert am besten feststellen. Da zeigt es sich, ob man so wenig Gutes in sich trägt, ob man so angefüllt ist mit Bosheit, Neid und Haß, daß man die Maske des liebenswürdigen Scheines aus Not um sich geworfen hat, um von andern gebildet zu werden. Viele dringen vor bis zu einem guten Kerne, zur menschenfreundlichen Gesinnung, zur Liebe am Eblein, zu einem Schätze, der aber über und über mit Schlacken und Staub bedeckt ist und worüber sich nur zum Schein eine glänzende Schicht lagert. Der Schatz in der Tiefe der Menschenbrust verdient die Mühe, ihn nach und nach von der Erdschale zu befreien, damit er in seiner ganzen Gebiegenheit an der Oberfläche zutage tritt.

Es sind die Besten und Größten, deren Worte, Gefühle und Handlungen in jeder Form das Gepräge des inneren Wertes tragen. Echtes, gute Menschen sind in Wahrheit Gemeinwesen, von denen ein Glanz ausgeht, der das trübe Erdenleben erhellt. Doch auch die, welche bei allem Graven nie auf ein kostbares Gut in ihrem Innern stoßen, höchstens einige Goldkörner finden, sollten es vorziehen, diese in jeder Arbeit an die Oberfläche zu schaffen, anstatt falsche Werte vorzuspiegeln. Es ist des Menschen unwürdig, auf Kosten der Wahrheit und des lautereren eigenen Wertes nach außen ein Leben zu führen, zu dem das Innere keine Berechtigung gibt. Alle echten Menschen sind zugleich auch ganze Menschen und in ihrer Art Frieden des Menschengeschlechtes.

### Volkswirtschaftliche Rundschau.

Am 30. August fand eine Sitzung des Roheisenverbandes statt, in der endlich die Frage des Anschlusses der luxemburgisch-lothringischen Werke zum Abschluß hätte kommen sollen. Nach der einen Meldung soll er unmittelbar bevorstehen — nur noch einige Kleinigkeiten wegen der Anteile seien zu regeln —; nach der anderen, welche die Rheinisch-Westfälische Zeitung bringt, sind die Verhandlungen entgültig gescheitert. Letztere Besart wird durch neuere Meldungen unterstützt, scheint also tatsächlich die richtige zu sein.

Die Entwicklung im Versand des Stahlwerksverbandes, die wir bei den A-Produkten im Juli konstatieren mußten, ist auch bei den B-Produkten eingetreten. Auch deren Menge hat gegen den Juni nicht unerheblich abgenommen. Der Versand betrug im Juli 497 617 Tonne Rohstahlgewicht gegen 522 720 Tonne im Juni — also 25 103 Tonne weniger. Gegen den gleichen Monat des Vorjahres ist allerdings noch ein bedeutender Ueberschuß vorhanden. Im Juli 1910 betrug der Versand 470 106 Tonne — also im Juli d. J. 27 511 Tonne mehr. Es ist zur Beurteilung der Marktlage nicht unwesentlich, zu wissen, daß am meisten der Versand an Stabeisen abgenommen hat. Er betrug im Juni 304 535 Tonne, im Juli 291 213 Tonne, also 13 322 Tonne weniger. In Blechen ist der Versand annähernd der gleiche geblieben — 88 076 Tonne im Juli gegen 89 794 Tonne im Juni. An Walzdraht kamen 58 245 Tonne (im Juni 63 949), an Guß- und Schmiedestücken 45 543 Tonne (48 221 Tonne) und an Röhren 13 940 Tonne (16 221 Tonne) zum Versand.

Die Marktlage in der Metallindustrie hat ihre eigenen Tendenzen behalten. Von den Folgen der Ausperrung im sächsisch-thüringischen Gebiet merkt man in der Industrie noch wenig — es rührt dies wohl davon her, weil sie noch nicht in dem geplanten Umfange durchgeführt ist, sonst wäre eine weitgehende Beunruhigung des Marktes unausbleiblich. Der Roheisenmarkt hat eine Veränderung gegen das letzte Mal nicht erfahren — er ist zwar ziemlich ruhig, die Preise sind aber — und das ist gerade jetzt nicht gering zu bewerten — fest geblieben. Von Zeit zu Zeit kommen immer wieder Nachrichten von einer beabsichtigten Herabsetzung der Stabeisenpreise in die Presse — Positives hört man nicht, doch scheint hinter den Kulissen etwas zu spielen. Das ist unseres Erachtens sicher, daß bei der Erneuerung des Stahlwerksverbandes die Frage erörtert wird und auch wohl in einer mehr oder weniger losen Preisvereinbarung ihre Lösung finden wird. Ob das vorher geschieht, kann man jügllich bezweifeln, besonders wenn die gegenwärtige Marktlage in Stabeisen

anknütt. Diese zeigt sich vor allem in festen Preisen, die eine immer noch steigende Tendenz haben. Das gilt sowohl für die Inlands- als auch für die Exportpreise. Die Beschäftigung der Werke in Stabeisen war ja immer recht gut; so gut, daß sie bekanntlich verschiedenen Werken Veranlassung gegeben hat, beim Stahlwerksverband eine Erhöhung der Quotenanteile zu beantragen. Von den oberhalb erwähnten Werken soll eine Arbeitsteilung in der Stabeisenindustrie herbeiführen soll. Der beabsichtigte Zweck, die Selbstkosten zu verringern, könnte dadurch wohl erreicht werden; eine andere Frage ist es, ob die Möglichkeit besteht, einen derartigen, in das Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Werke so tief einschneidenden Plan ohne eine straffe Organisation mit gemeinsamer Verkaufsstelle durchzuführen. Einstweilen sind wir geneigt, das zu bezweifeln.

Der Markt in Halbzeug und Trägern ist befriedigend. Wir haben schon früher einmal erwähnt, daß die Halbzeugverbraucher eine Herabsetzung des Preises von Halbzeug beim Stahlwerksverband anstrebten. Diese Bestrebungen dauern fort; ob sie Erfolg haben, ist eine andere Frage. Eine gewisse Berechtigung ist dem Verlangen der Halbzeugverbraucher nicht abzuspüren, die Fertigfabrikate sind teilweise stark im Preise gesunken — dies trifft besonders auf die Exportpreise von Draht und Bandstücken zu, was nicht die Selbstkosten zu bedenken gestattet. Der Stahlwerksverband fürchtet, eine Reduktion der Rohstoffe eintreten zu lassen, da dadurch leicht die jetzt leiblich bestiegte Marktlage erschüttert werden könnte. Vielleicht kommt man den Antragstellern dadurch entgegen, daß ihre Ausführungsvergütung etwas erhöht wird. Wahrscheinlicher ist allerdings, daß der Antrag, wie schon einmal, einfach unter den Tisch fällt — trotz aller Berechtigung. (Dies ist mittlerweile tatsächlich geschehen. N.)

Recht lebhaft ist der Markt in Grobblechen, wo das Geschäft für das 4. Quartal vielversprechend eingeseht hat. Die Preise sind entgegen anderer Meldungen günstig — die Konventionspreise werden durchweg eingehalten, stellen sich sogar teilweise darüber. Die Folgen der Auflösung der Preis-konventionen lasten schwer auf dieser Industrie. Auch auf dem Röhrenmarkt ist noch nicht die geringste Besserung eingetreten. Die Beschäftigung der Werke ist zwar gut, doch sind die Preise ganz ungenügend. Die Kleineisenindustrie ist nach wie vor gut beschäftigt.

Die Fabrikanten des Solinger Industriegebietes betrachten ihre Lage nicht sehr zuberfühllich. Die Zollerschwerungen, die Amerika, das Hauptexportland, getroffen hat, hindert die Ausfuhr beträchtlich. Die Behandlung von Seiten des genannten Landes war von jeher keine allzu entgegenkommende und dürfte nach den jüngsten Ereignissen noch unfreundlicher sein. Amerika kann eben je länger je mehr die deutsche Einfuhr entbehren.

Die deutsche Industrie hat, wie aus dem Gesagten hervorgeht, im allgemeinen keine Ursache zu klagen. Wie in Belgien macht sich auch bei uns eine starke Aufwärtsbewegung geltend und trotzdem war der Stand unserer Volkswirtschaft schon günstiger als jetzt. Zwar ist der Geldmarkt durchaus befriedigend, aber eine immer stärker werdende Unruhe macht sich — wenn auch noch gedämpft — doch bemerkbar. Wenn wir früher gesagt haben, daß die deutschen Börsen angefüllt des deutsch-französischen Marokkohaandels ruhig und zuberfühllich waren, so hat ihre Haltung nun doch unter der Wänge der Verhandlungen gelitten. Daß in England das Wirtschaftsleben durch die fortgesetzten Streiks in Aem und Unruhe gehalten wird, übt natürlich auch seinen Einfluß bei uns aus. Dazu kommt noch eines. Das letzte Mal haben wir vor einer allzu vertausensfertigen Auffassung des amerikanischen Wirtschaftslebens gewarnt. Nunmehr zeigt es sich, wie recht wir mit unserem Pessimismus hatten. Die Nachrichten von drüben lauten lange nicht mehr so hoffnungsfroh und siegesgewiß wie bisher. In nackten Worten gibt man jetzt zu, daß besonders die Lage in der Metallindustrie keinen Anlaß zu einer günstigen Beurteilung bietet. Die Aufträge laufen recht spärlich und sprunghaft ein, die Preise sind im ganzen keineswegs befriedigend. Die Berichte über die Beschäftigung der Werke widersprechen sich in rascher Folge. Wurde gestern berichtet, daß die Hochöfen des Stahlwerks mit 77 Prozent beschäftigt waren, so heute, daß es nur 72 sind; und morgen lautete diese Zahl 76. Die Zahl der im Betrieb befindlichen Hochöfen betrug am letzten Juni 212 gegen 206 am letzten Dezember 1910. Die Besserung hat seit dieser Zeit also nur sehr langsame Fortschritte gemacht. Gegen den letzten Juni des Vorjahres zeigt sich eine ganz erhebliche Verschlechterung; denn da betrug die Zahl der im Betrieb befindlichen Hochöfen 293.

Daß die Roheisenproduktion im 1. Halbjahr 1911 abgenommen hat, ist eine logische Konsequenz des oben Gesagten — sie betrug 11 665 796 Tonne gegen 14 978 733 Tonne im 1. Halbjahr des Vorjahres. Die Abnahme beträgt also rund 3 313 000 Tonne! Diese Zahlen, die jetzt erst bekannt werden, beeinflussen und beunruhigen naturgemäß unser Wirtschaftsleben; denn Amerika spielt als Absatzgebiet für unsere Industrieerzeugnisse keine geringe Rolle.

Der ungünstige Eindruck wird noch erheblich vermehrt durch den Umstand, daß auch die Gewinne der Eisenbahnen 1910/11 (1. Juli 1910 bis 30. Juni 1911) gegen das Vorjahr zurückgegangen sind. 1909/10 betrugen sie 403 480 Tollar (netto) 1910/11 dagegen nur 386 345 d. f. 17 135 Tollar weniger.

Wenn etwas, so bietet diese Tatsache einen Beweis, von der Abwärtsbewegung im amerikanischen Wirtschaftsleben.

Bedauerlich wäre es, wenn diese Bewegung weiter anhielte, weil die Gefahr besteht, daß sie unser Wirtschaftsleben beeinflusst. Wie sich die Verhältnisse gestalten werden, kann man jetzt nicht sagen — aber eine sehr wichtige Lehre können wir aus dieser Ungewißheit ziehen: Auf jeden Fall Mühe für die Zeit der Not, daß sie uns nicht unvorbereitet treffe!

### Zum Kampf in der sächsischen und thüringischen Metallindustrie.

Die aus kleinen lokalen Lohnbewegungen des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Leipzig und einigen thüringischen Orten herausgewachsene Ausperrungsbewegung zieht immer weitere Kreise. Die am Freitag, den 25. August zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern der sächsisch-thüringischen Metallindustrie ausgenommenen Einigungsverhandlungen zerfielen sich schon, ehe sie noch recht begonnen. Nach durch die Presse gegangenen Berichten scheiterten die Verhandlungen daran, daß die Arbeitgeber es ablehnten, die für den folgenden Tag in Aussicht genommene Ausperrung von 60 Prozent der in ihren Betrieben stehenden Arbeiter einstricken zu unterlassen, wenn bis zum Abend eine Einigung noch nicht zustande käme. Am 26. August kam es denn auch in Dresden und Chemnitz zur Ausperrung. Die Verhandlungen wurden jedoch inzwischen wieder fortgesetzt. Hinsichtlich der Arbeitszeit sollen die Unternehmer Entgegenkommen gezeigt haben, während sie sich bezüglich der Lohnforderungen ablehnend verhalten.

Auf Anfragen der sächsischen und thüringischen Bezirksverbände hat sich nunmehr auch der „Gesamtverband der Metallindustriellen Deutschlands“ mit den Differenzen befaßt. Der Vorstand dieses Verbandes tagte am 29. und 30. August im Hotel „Der Hüffe“ zu Berlin unter dem Vorsitz des Kommerzienrats Ernst Horschig. Dieses Eingreifen des Gesamtverbandes der Metallindustriellen wurde in einem Bericht der „Magdeburger Zeitung“ Nr. 430 vom 24. August d. J. wie folgt motiviert:

„Eine folgenschwere Entscheidung steht in unserem Vaterlande bevor. Von den 53 Zentralverbänden der Sozialdemokratie ist der Metallarbeiterverband der rührigste und größte. Ueberall sucht er zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sich als Nebenregierung zu etablieren. Auf die Dauer sind das unerträglich Verhältnisse, und die deutschen Metallindustriellen sind nicht gewillt, diesen Zustand länger zu ertragen. Der Streik auf der Schichauwerft in Danzig, ferner die in Thüringen und Königreich Sachsen, denen sich jetzt der Streik der Elektromonteur in Berlin angeschlossen hat, drängen zu einer Entscheidung. Die ewige Situation der Beunruhigung kann nicht länger so fortbauern, und so wollen denn die Metallindustriellen zu dem entscheidenden Mittel greifen, nämlich zur Gesamtausperrung der Metallarbeiter in Deutschland, soweit sie im Zentralverband der Metallarbeiter organisiert sind. Die Nachricht aus Erfurt hat wie eine Bombe in den Metallarbeiterverband eingeschlagen, und in Berlin wie in Stuttgart haben die Leiter der Bewegung den ganzen Tag lebhaft konferiert. Acht Tage würden genügen, um den Metallarbeiterverband trotz seiner über 500 000 Mitglieder schwach zu setzen, denn es fehlen ihm vollkommen ausreichende Kriegsfonds. Die 4 112 511 Mark, die in der Hauptkasse sind, reichen nicht aus, um für acht Tage Unterstützung herbeizuschaffen, und Herr Karl Legien hat ja auch erklärt, daß es in den jetzigen Zeiten sehr schwer sei, mit Hunderttausenden aufzuwarten. Der Leiter des Bauarbeiterverbandes hat wiederholt betont, daß bei der großen Maureausperrung die ganze Hilfsaktion der Zentralverbände versagt habe, und Herr Schilde hat dies ja auch wohl bei der Werftarbeiterausperrung empfunden. Wo ruhig sind die Hoffnungen des Metallarbeiterverbandes nicht unter diesen Umständen soll jetzt bereits eine große Neigung unter den Führern vorhanden sein, einzuschwenken und zum Frieden zu ermahnen. Sollte es zur Generalausperrung kommen, so wird diese ziemlich bald einsehen. Es gibt maßgebende Großindustrielle, die auf dem Standpunkt stehen, „biegen oder brechen“. Die Forderungen der Arbeiter haben eine schwere Verantwortung auf sich geladen.“

Auf denselben Ton gestimmt ist auch der Bericht, den der „Berliner Lokal-Anzeiger“ am 30. August über die vertraulichen Verhandlungen des Vorstandes des Gesamtverbandes vom 29. August bringen konnte. Es heißt da:

„... Es handelte sich, wie es heißt, um die Ergreifung etwaiger Maßnahmen aus Anlaß der großen Metallarbeiterstreike resp. Ausperrungen im Königreich Sachsen und in Thüringen. Auch die Frage einer Gesamtausperrung soll zur Erörterung gestanden haben. Wie schon mitgeteilt, sah man im Verband Berliner Metallindustriellen die Situation ernst, doch nicht kritisch auf. Im Gesamtverbande sollen diese Anschauungen zum Teil nicht geteilt werden. Auch der Streik der Elektromonteur, der ziemlich unerwartet gekommen, dürfte die Neigung für eine Gesamtausperrung verschärfen haben. Es handelte sich gestern, wie gesagt, nur um eine vertrauliche Vorbesprechung, die vier Stunden dauerte. Der (sozialdemokratische) Metallarbeiterverband, der bei dieser Ausperrung eventuell in erster Linie in Frage kommt, hat

In der letzten Zeit derartig an Mitglieder gewonnen, daß er heute die Hälfte Millon überschritten hat. Doch sind die Klassenverhältnisse für einen Messenkampf nicht eben günstig. Nach der dieser Tage von der Generalkommission der Gewerkschaften herausgegebenen Statistik hat der Verband ein Gesamtvermögen von 7710314 M., davon befinden sich in der Hauptkasse 412511 M. Es kommen also als Dividende auf den Kopf der Metallarbeiter im Verbands nur acht Mark.

Ganz besonders beachtenswert an den wiedererhaltenen Auslassungen sind die Stimmweise auf die gewerkschaftlichen Forderungen. Wir sehen hier wieder, wie die Unternehmer damit rechnen. Sie schätzen eine Arbeiterorganisation nicht nach den Massen, die sie aufzuweisen hat, sondern nach dem gewerkschaftlichen Kampfbonds, der dahintersteht. Die Höhe des letzteren ist wesentlich mitbestimmend für das Maß des Entgegenkommens der Metallindustriellen gegenüber berechtigten Wünschen und Forderungen der Arbeiter. Unsere Kollegen allerorts ersehen daraus wieder so recht die zwingende Notwendigkeit höherer Verbandsbeiträge und einer gestelgerten gewerkschaftlichen Opferwilligkeit.

Aus den weiteren Berichten, die über diese Tagung des Verbandes des Gesamtverbandes der Metallindustriellen noch vorliegen, treten namentlich die sächsischen und thüringischen Mitglieder entschieden für eine Generalaussetzung in der Metallindustrie ein, wogegen die Berliner davon Abstand genommen wissen wollten. Schließlich einigte man sich auf folgenden, durch die Presse veröffentlichten Beschluß:

„Nach Kenntnisnahme des eingehenden Berichts über den Stand der Differenzen im Verband der Metallindustriellen im Bezirk Leipzig und über die am 26. August d. J. zur Unterbrechung des Leipziger Bezirksverbandes vorgenommenen Sympathieaussetzung durch das Kartell der sächsischen Bezirksverbände des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller beschließt der Ausschuss des Gesamtverbandes, zunächst den Verlauf der zurzeit noch schwebenden Verhandlungen abzuwarten und nach deren Abschluß Stellung zu den einzelnen Forderungen zu nehmen.

Er erklärt jedoch, daß vor allem der Abschluß von Tarifverträgen und die Einführung von Mindestlöhnen unter keinen Umständen zugestanden werden dürfen. Sollten die Arbeitnehmer an diesen oder anderen, die Leistungsfähigkeit der Metallindustrie untergrabenden Forderungen festhalten, so würde der Gesamtverband geschlossen hinter den betroffenen Bezirksverbänden stehen. Ebenso beschließt der Ausschuss des Gesamtverbandes, dem thüringischen Bezirksverband seine volle Unterstützung gegen unberechtigte Forderungen der Arbeitnehmer zuteil werden zu lassen.“

Diese Erklärung spricht für sich. Es muß zumal abgewartet werden, ob die lokalen Verhandlungen zu einem Resultat führen werden. Die Gefahr einer Massenaussetzung in der Metallindustrie und einer dadurch bedingten schweren Erschütterung unseres deutschen Wirtschaftslebens ist noch keineswegs beseitigt.

Wie wir eingangs schon erwähnten, ist die ganze Bewegung aus einem, vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband einseitig inszenierten, partiellen Streik entstanden. Es ist bekannt, wie dieser Verband überall da, wo er die Macht dazu hat oder zu haben vermag, die „christlichen“ und „furchtlosen“ Organisation systematisch auszuscheiden sucht. Das hindert aber die Genossen nicht, von den ausgeschalteten Organisationen stets blindlings ergebene Gefolgschaft zu fordern, sobald ihnen der Boden zu heiß wird. Dann sollen die „Christlichen“ die Kastanien aus dem Feuer holen. Mit unsererseits müssen jedoch solche Zumutungen im wohlverstandenen Interesse unserer Kollegen und unseres Verbandes entschieden ablehnen, wo uns eine Miteinwirkung auf den Gang der Dinge vorher nicht eingeräumt worden ist.

Wenn die rote „Chemnitzer Volksstimme“ das „eine Brücke für eventuellen späteren Streikbruch“ heißt, so leidet sie unseres Erachtens an einer heillosen Begriffsverwirrung. Vor noch nicht allzu langer Zeit hat die Berliner Ortsverwaltung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in einer gegen ihren Wiesenthaler roten „Bruderverband“ gerichteten Erklärung im „Vorwärts“ den Begriff Streikbruch entschieden anders definiert. Bei der letzten vom sozialdemokratischen „Allgemeinen Metallarbeiterverband“ (Wiesenthaler Richtung) inszenierten Mordlegerebewegung in Berlin machte diese Organisation der Berliner Ortsverwaltung des sozialdemokratischen „Deutschen Metallarbeiterverbandes“ den Vorwurf, daß sie bei verschiedenen Firmen „die Streikbrecher d. h. die in den Deutschen Metallarbeiterverband organisierte Minderheit der Berliner Mordleger den Beschluß der in seinem Verbande organisierten Majorität einfach zu fügen hätten. Als sie sich nicht dazu hergaben, erklärte er das für Streikbruch und berief sich dafür auf eine Stelle im „Vorwärts“ vom 8. Nov. 1906, der damals den H.-D. Gewerkschaftlern ein ausgemischt habe durch folgende Definition des Begriffs Streikbruch:

„Streikbruch ist und bleibt es, wenn ein Arbeiter gegen den Beschluß der Majorität seiner Kollegen die Beteiligung an einer Bewegung unterläßt. Es ist dabei ganz gleichgültig, ob er der Organisation dieser Mehrheit, einer anderen Organisation oder gar keiner angehört. Sonst hätte ja der Unorganisierte das Recht, den Beschluß der organisierten Kollegen außer acht zu lassen und an der Arbeitsstelle zu verbleiben, die die verlassen. Wird dieses Verbleiben von der Organisation her Minderheit sanktioniert, so handelt es sich dann eben um organisierten Streikbruch, um Arbeitererrat allemal!“

Die Berliner Ortsverwaltung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes aber hat anderer Ansicht über den Begriff Streikbruch und veröffentlichte in demselben „Vorwärts“ folgenden Aufsatz, den wir der besonderen Beachtung unserer Kollegen empfehlen:

„An die Mordleger und Helfer Berlins und Umgebungs! Seit einiger Zeit versuchen die Organisationszerstörer, genannt Wiesenthaler, bei den Firmen, welche ihren Tarif nicht anerkennen, Streiks und Lohnbewegungen in Szene zu setzen. Nun versucht man auch, unsere Mitglieder bei derartigen Gelegenheiten einzureden, daß durch die Anwesenheit ihres Vereines eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse eintreten wird. Obwohl diejenigen Kollegen, welche die Organisationen der Wiesenthaler kennen, sich nicht täuschen lassen, so wollen wir hierdurch ausdrücklich unsere Verbandskollegen und alle Bauarbeiter, denen es mit der Wahrung ihrer Interessen ernst ist, darauf aufmerksam machen, daß unsere Mitglieder eine etwaige Aufforderung von Seiten der Wiesenthaler, da und dort die Ar-

beit einzustellen, nicht zu befolgen haben. Alle derartigen Versuche, einen Streik oder eine Lohnbewegung mit Hilfe unserer Mitglieder zu unternehmen, müssen sofort nach unserem Verbandsbureau gemeldet werden.

Wenn auch bei einer ablehnenden Haltung unsererseits die Wiesenthaler dann von Streikbruch und ähnlichen Dingen reden werden, so können wir derartiges Gerede bei dem besten Willen nicht ernst nehmen. Denn solche Leute, wie die Vereinsleitung der Wiesenthaler, welche im Jahre 1908 den Streikbruch englos betrieben haben, können uns und jeden ehrlich denkenden Arbeiter in keiner Weise beleidigen. Wenn man noch ferner berücksichtigt, daß die Wiesenthaler von den Firmen, welche ihren Tarif anerkennen haben, und wo unsere Verbandskollegen arbeiten, die Entlassung derselben fordern und oftmals auch erzellen, dann kann es jeder vernünftig denkende Mensch verstehen, wenn wir jede Gemeinschaft mit dieser Gesellschaft ablehnen.

Aus allen diesen Gründen müssen unsere Kollegen jedes gemeinsame Vorgehen mit den Wiesenthalern ablehnen. Die Bauarbeiter ersuchen wir, von dieser Mitteilung Kenntnis zu nehmen.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.“

In dieser Erklärung lehnt also die Berliner Ortsverwaltung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes nicht nur für diesen Fall, sondern gar jedes gemeinsame Vorgehen mit ihrer sozialdemokratischen „Bruderorganisation“ ab und fordert sie ausdrücklich auf, sich nie durch das Vorgehen der anderen Organisation irgendwie beeinflussen zu lassen. Unsere Kollegen an allen Orten mögen sich dies merken für alle diejenigen Fälle, wo man sozialdemokratischerseits über christliche Streikbrecher und Arbeiterverräter schreit. Vor allem sollen sie sich auch vor überzogenen Sympathie- oder gar Solidaritätsungebungen hüten. Im Interesse unserer Mitglieder und unseres Verbandes werden wir uns eben durch keinerlei Geschehnisse und Gesetze von der Pflicht abhalten lassen dürfen, unsere Stellungnahme zu irgend einer Situation nach gewissenhafter Prüfung und Erwägung aller dabei in Betracht kommenden Dinge selbst zu bestimmen. Das ist eine der elementarsten Forderungen der Selbstachtung und es wäre strafliche Pflichtvergessenheit, wollten wir anders handeln.

### Die unerhörte Mißwirtschaft in sozialdemokratisch verwalteten Krankenkassen vor Gericht entlarvt!

Was den Sozialdemokraten an der Reichsversicherungsordnung nicht gefiel, das war vor allen Dingen die Neuordnung der Bestimmungen über die Anstellung der Kassenbeamten. Trotzdem es allgemein bekannt war, daß die sozialdemokratische Mehrheit in den Krankenkassenverbänden rücksichtslos die Krankenkassenbeamtenstellen nur ihren Parteihängern zuschanzte, hatten die Genossen im Reichstage und im Lande draußen die Stirn, das noch abzuleugnen. Als Arbeiterverräter und Volksentwecker wurden alle diejenigen verschrien, die sozialdemokratische Miß- und Sinekurenwirtschaft — und Arbeiterinteressen für zwei verschiedene, ja gegenläufige Dinge ansahen. Der feste Griff in das Westpennet benen Interesse der Arbeiterschaft eine zwingende Notwendigkeit geworden. Die vor dem Düsseldorf Schöffengericht am 28. August d. J. aufgedeckten Zustände in der „Gemeinsamen Ortskrankenkasse Düsseldorf“, die ca. 40000 Mitglieder zählt und unter roter Verwaltung steht, hat das wieder aufs neue mit erschreckender Deutlichkeit bewiesen.

Der Verhandlung lag folgender Tatbestand zugrunde: Der Parteibeamte Gewerkschaftssekretär M. oben hatte in einer Versammlung der christlichen Arbeiter im Paulushaus, die sich mit der Reichsversicherungsordnung befaßte, behauptet, daß „bei der Anstellung von Beamten der Gemeinsamen Ortskrankenkasse weniger nach der Qualifikation als nach der Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei gesehen und daß die sozialdemokratische Propaganda bei der Kasse offen bestrebt würde.“ Deswegen hatten als Vertreter der Kasse der Vorsitzende Hülffing und der Kassenführer Lehner im Auftrage des Vorstandes Klage wegen Beleidigung erhoben.

Einen Vergleich, der vom Vorsitzenden des Gerichts angebahnt wurde, lehnten beide Parteien ab. Dem Beklagten stand Rechtsanwalt Hasden-Düsseldorf zur Seite. Der Beklagte legte die Gründe dar, warum die Behauptung gefallen ist. Dem Reichstage sei bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung ein umfangreiches Material vorgelegt worden, wie die sozialdemokratisch verwalteten Kassen zugunsten von Sozialdemokraten mißbraucht werden. Auch von der Gehaltsliste bekannt geworden, weshalb die Behauptung, auch in der Versammlung aufgestellt worden sei. Die Mitglieder der Kasse seien nicht etwa alle Sozialdemokraten, sondern zu einem sehr großen Teile Nichtsozialdemokraten. Die Beamten der Kasse rekrutieren sich zum allergrößten Teile aus der sozialdemokratischen Partei. Nicht ein einziger gehöre der christlichen Arbeiterschaft an.

Der Kläger bestritt diese Behauptung und berief sich auf das Zeugnis des Kunsthändlers J. J. J., früherer zweiter Vorsitzender der Krankenkasse und langjähriger Vorsitzender der Anstellungskommission der Beamten. Dieser sagte aus:

„Ich habe bei der Vermählung der Fabrikkrankenkasse und der Handwerkerkasse, die die Gemeinsame Ortskrankenkasse bilden, war ich Vorsitzender der Anstellungskommission, die die Auswahl der Beamten zu treffen hatte. Ich habe die bestimmte Ueberzeugung, daß seitens der Zweidrittelmehrheit der Sozialdemokraten den sozialdemokratischen Beamten der Vorzug gegeben wurde. Bei der Vermählung war eine Reihe neuer Kräfte notwendig. Eine Unmenge Bewerbungen lag vor. Tüchtige, langjährige Beamte mit den besten Zeugnissen der sozialdemokratischen Partei an. Die guten Kräfte blieben unberücksichtigt, während Sozialdemokraten, die keinerlei Kenntnisse hatten, berückichtigt und angestellt wurden, darunter solche, in deren Beschreibungen orthographische und grammatische Fehler enthalten waren. Es bedurfte des energischen Einspruchs der Arbeitgeber, daß nicht solche genommen wurden, deren Bewerbungen von solchen Fehlern strotzten.“

Vor circa zwei Jahren wurde ein Beamter namens Courz ohne Vorwissen der zuständigen Kommission und des Vorstandes angestellt. Es lag zurzeit für die Anstellung von Kräften kein Bedürfnis vor, wie sich der Kassenführer dem Vorstand gegenüber selbst geäußert hatte. Als der Vorsitzende

den Kassenführer Lehner wegen der Anstellung zur Rede stellte, sagte dieser: „Der Beamte Spiegel des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes kam zu mir und sagte: „Sieh zu, daß du den bei der Kasse unterbringst. Courz war Mitglied des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes; er fuhr ohne Vorwissen der Firma Krupp, bei der er beschäftigt war, zum Krankenkassenkongress nach Berlin und hatte dort in sozialdemokratischer Weise an der Krankenkasse der Firma Krupp Kritik geübt. Deshalb wurde er dort entlassen.“

Der Zeuge befand weiter: Im vorigen Jahre sollte ein Krankenkassenkontrollant angestellt werden. Es lagen etwa 200 Bewerbungen vor. Die Kommission hatte das Material geschickt, einige Bewerber hatten sich bereits vorgestellt und den Beifall der Kommission gefunden, zumal einer, der außerordentlich gut qualifiziert war: Dies war allerdings kein Sozialdemokrat. Es war einstimmig beschlossen worden, diese Leute dem Vorstande vorzuschlagen. Einer der sozialdemokratischen Vertreter jedoch verlangte in der Vorstandssitzung: es darf nur „einer von unseren Leuten sein“. Von der Zweidrittelmehrheit der Sozialdemokraten wurde dann auch selbstverständlich ein Sozialdemokrat gewählt, der zugleich Mitglied des Vorstandes der Kasse war. Bei einer anderen Gelegenheit, wo ebenfalls die Anstellung von einigen Beamten notwendig war, betonte der zweite Kassenführer, daß vor allen Dingen tüchtige Beamte genommen werden müßten, um die Kasse in der richtigen Art verwalten zu können. Auch da mußten wir einen Sozialdemokraten mit in den Kauf nehmen, der keinerlei Vorkenntnisse hatte.

Die Frage des Beklagten, ob sozialdemokratische Angestellte innerhalb der Kasse einen Vorzug gegenüber Nichtsozialdemokraten genießen, beantwortete der Zeuge folgendermaßen: „Ja, Herr Lehner ist ein klassisches Beispiel dafür.“ Wenn andere Beamte nur ein Drittel dessen gemacht hätten, was Lehner sich erdreistet hat, dann wäre er fertig gewesen. Lehner sei in rechtswidriger Weise mit den Kassengeldern umgegangen. Als Vorsitzender der Kasse beantragte ich eine Kassenrevision und entdeckte, daß 5000 Mark in der Kasse fehlten. In den meisten Gründen einer Kasse fand ich einige nichts sagende Blankoquittungen, z. B. „von Herrn Kassierer Hülffing 1000 M. erhalten, bescheinigt Lehner“, oder „für Herrn Lehner 1000 M. erhalten zu haben, bescheinigt Hülffing“ (Schwager von Lehner, Med.) Nähere Beläge fehlten vollständig, ebenso fehlte für die Auszahlung des Geldes die vorgeschriebene Anweisung des Vorsitzenden. Ich erstattete dem Gesamtvorstand über die Angelegenheit Bericht, doch wurde Lehner kein Paar gekümmert. Jeder andere wäre seines Amtes sofort entsetzt worden. Weiter fehlten im Jahre 1909 in der Kasse des Krankenkassenverbandes 1700 M. Auch hier lag nur eine Quittung vor, die lautete: „1700 M. aus der Kasse erhalten zu haben, bescheinigt Lehner.“ Eine Anweisung des Vorsitzenden war ebensowenig vorhanden wie Belege für den Betrag. Ein ganzes Jahre hat diese faule Blankoquittung als Beleg vorgelegen. Nachdem der Antrag gestellt wurde, eine Kassenrevision vorzunehmen, bequente sich Lehner, eine detaillierte Aufstellung über den Betrag zu machen. Verschiedene Posten höchst sonderbarer Art fanden sich dort. So hieß es z. B. vier bis fünfmal: „An Herrn so und so 100 Mark ausbezahlt, Lehner.“ Quittungen der Empfänger waren nicht vorhanden. Lehner mußte wissen, daß man bei einem so großen Kassensystem, wie das der Gemeinsamen Ortskrankenkasse, Gelder nicht ausgeben darf, ohne Anweisung des Vorsitzenden und ohne ordnungsmäßige Belege, wie sie in dem Falle mit den 5000 Mark hier vorgekommen sind. Weiter erhielt die Aufstellung Ausgaben persönl. Art, z. B. „vier Wochen in Sösel gewesen mit Radtour pro Tag 15 Mark, und 6 Wochen in Sösel gewesen ohne Radtour pro Tag 10 Mark. Außerdem bezog Lehner sein Gehalt weiter und hatte freie Eisenbahnfahrt. Der Zeuge erklärte mit allem Nachdruck, daß es unverantwortlich sei, mit den Geldern der Kassen, die doch von Arbeitern aufgebracht würden, so zu wirtschaften. Lehner hatte keinerlei Berechtigung, solche Sätze zu nehmen. Einen anderen würde man sofort beim Stragen gefesselt und Arbeiternehmer, erhalten bei gleichen Umständen nur das Fahrgehalt erseht.“

Ein anderer sozialdemokratischer Beamter hatte den Verkauf der Familienbücher der Familienversicherung zu tätigen. Bei einer Kassenrevision stellte sich heraus, daß für die verkauften Familienbücher, was einen großen Betrag darstellte, kein Pfenning in der Kasse vorhanden war. Dem Beamten wurde nur aufgetragen, das Geld in kurzer Zeit zu beschaffen.

Noch einen Fall brachte der Zeuge zur Sprache, wo der Einkassierer Kassengelder unterschlagen und die Liste gefälscht hatte. Diesem, ebenfalls ein Sozialdemokrat, geschah auch nichts.

Bei der Frage des Vorsitzenden des Gerichts, was mit anderen, Nichtsozialdemokraten, geschehen würde, wenn sie sich ähnliche Verfehlungen zuschulden kommen ließen, erwiderte der Zeuge, daß solche zweifellos an die Luft geblasen worden wären. Weiter befandete der Zeuge auf Befragen des Beklagten, daß sämtliche Arbeitnehmer des Vorstandes Sozialdemokraten seien.

Der Zeuge Burckhardt mußte auf die Frage des Beklagten zugeben, daß nach der Versammlung, in der die belastende Aeußerung gefallen war, von Lehner eine Erklärung aufgesetzt worden sei, nach der keine sozialdemokratische Propaganda bei der Kasse betrieben würde. Die Nichtsozialdemokratischen Beamten sollten diese Erklärung unterschreiben, bevor sie in die Kasse eintraten.

Der Zeuge Abteilungsleiter Red, bereits seit 8 Jahren Beamter der Kasse, sagt aus, daß man sich wiederholt darüber unterhalten habe, daß weder bei Behörden, noch bei Privaten Leute mit solchen Kenntnissen bei einer Kasse angestellt werden wären (Sozialdemokraten. Die Red.) Nach meinem Dafürhalten würde ein Zentrumsmann nie angestellt, wenn er nicht vorher Bureaubeamter gewesen wäre. Die Nichtsozialdemokratischen Angestellten bei dieser Kasse sind sämtlich zuerst Bureaubeamte gewesen. Die Angaben des Zeugen kamen nur jögernd heraus. Der Vorgesetzte des Zeugen ist eben Lehner, dem diese Mißwirtschaft in dessen Kasse nachgewiesen wurde. Die Frage des Beklagten oben, ob er sich beeinflusst fühlte und ob seitens des Kassensführers Lehner nicht eine Aeußerung gemacht worden sei, der Vorstand wäre sich einig, daß derjenige, der in diesem Prozeß „nicht richtig“ aussage, das Kassenlokal nicht mehr betreten dürfe, muß der Zeuge mit „Ja“ beantworten. Der Vorsitzende sprach über diese Beeinflussung sein Mißfallen aus.

Der Verteidiger des Klägers erklärte daraufhin, nicht weiter die Vertretung führen zu können und legte sein Mandat nieder.

Seitens des Beklagten wurde nachgewiesen, daß die Bureauangestellten, ob sozialdemokratisch oder nicht, dem sozialdemokratischen Verbande der Bureauangestellten angehören, der wiederum den sozialdemokratischen Gewerkschaften angegeschlossen ist. Die Mitglieder des Verbandes müssen Beiträge zum sozialdemokratischen Volkshaus, ebenso zum Matfeierfonds und dergleichen bezahlen. Ferner mußte der Zeuge zugeben, daß in der Kasse ein Rundschreiben zirkuliert hat, wonach die Beamten aufgefordert werden, Beiträge zum sozialdemokratischen Matfeierfonds zu bezahlen. Der Vorsitzende der Kasse erklärte nach alle diesen Vorkommnissen, die Klage zurückzunehmen, wenn der Beklagte erkläre, daß er ihn nicht persönlich, sondern das System habe treffen wollen, weiter Übernahme er die Kosten.

Dem Kläger Lehfer wurde weiter nachgewiesen, daß er innerhalb des Kassenlokals sich sittliche Verfehlungen habe zuschulden kommen lassen, indem er, wie ein Zeuge bekundete, ein Frauenzimmer nachts in das Kassenlokal eingeschleppt hat.

Nach diesen Zeugenaussagen klappte der Kläger zusammen. Der Vorsitzende des Gerichts erklärte: „Nehmen Sie Ihre Klage zurück, denn dem Beklagten ist der Wahrheitbeweis vollständig gelungen.“ Es wurde dann eine Erklärung formuliert, in der die Kläger anerkennen müssen, daß auf Grund des Beweismaterials sie die vom Beklagten gemachten Behauptungen als richtig anerkennen. Die Erklärung, die eine vollständige Niederlage der Kläger darstellt, hat folgenden Wortlaut: Der Privatkläger zu 1 (Hilfsklage) nimmt die Privatklage zurück. Der Angeklagte erklärt, daß er mit den inkriminierten Behauptungen des Privatklägers nicht habe treffen wollen. Der Angeklagte verzichtet auf Kostenersatzungsansprüche gegen den Privatkläger zu 1 bezüglich der außergerichtlichen Kosten. Daraufhin wird das Verfahren seitens des Privatklägers zu 1 eingestellt.

Bezüglich des Kassenführers Lehfer führt die Verhandlung zu folgendem Resultat: „Nachdem die Beweisaufnahme die Richtigkeit der Behauptungen des Angeklagten ergeben hat, daß bei Anstellung der Beamten bei der Gemeinsamen Ortskrankenkasse weniger nach der Qualifikation als nach der Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei vielfach gesehen worden sei, daraufhin nehme ich, der Privatkläger zu 2, die Privatklage, soweit sie sich hierauf stützt, zurück.“

Zu der Angeklagte erklärt, daß der Privatkläger zu 2 sich an der Kasse betriebener sozialdemokratischer Propaganda nicht beteiligt und eine solche auch nicht begünstigt hat. Zu der Privatklage zu 2 nehme die Privatklage zurück. Zu der Privatklage zu 1 nehme die Privatklage zurück. Zu der Privatklage zu 2 trage auch die außergerichtlichen Kosten des Angeklagten einschließlich eines Extrahonorars des Anwaltes des Angeklagten in Höhe von 15 Mark.“

Diese Verhandlung hat ein großes Schlaglicht auf die Mikrowirtschaft geworfen, wie sie vielfach in sozialdemokratisch geleiteten Krankenkassen herrscht. Es ist vor Gericht festgestellt worden, daß bei der Anstellung von Beamten nicht nach der Befähigung, sondern einzig und allein nach der Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei gefragt wurde — ganz zu schweigen von den anderen „lieblichen“ Dingen, die dieser Prozeß zutage gefördert hat. Und zu dieser Kasse, mit deren Gelbern in so unverantwortlicher Weise gewirtschaftet wurde, müssen auch die christlichen Arbeiter ihren Beitrag zahlen. Durch die neue Reichsversicherungsordnung sind Maßnahmen getroffen, solche Vorkommnisse in Zukunft zu verhindern. Es ist dafür gesorgt worden, daß künftig die Kassen nicht mehr als Versorgungsanstalten sozialdemokratischer Agitatoren mißbraucht werden können. Daher die große Entrüstung der Genossen über die angebliche Verletzung der Arbeiterrechte in der Reichsversicherungsordnung! Einzig und allein die Mikrowirtschaft der Sozialdemokraten ist getroffen worden. Wie dringend notwendig eine solche Maßregel war, hat dieser Prozeß wieder erneut bewiesen.

## Der Bericht der preussischen Gewerbeaufsicht für das Jahr 1910

bietet eine Anzahl beachtenswerter Momente auch hinsichtlich der Kapital Unfälle und Unfallverhütung und der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterbevölkerung. Zum Kapitel Unfälle machen die Berichterstatter von Berlin und Bromberg Angaben, die allgemeiner Beachtung wert sind. Unfälle würden häufig dadurch gefördert, weil die Arbeiter zur Erreichung eines auskömmlichen Lohnes bei Benutzung aller Schutzvorrichtungen nicht ausweichen; so konstatiert der Berliner Bericht. In einer großen Metallwarenfabrik habe der Gewerbeinspektor verlangt und erreicht, daß die Arbeiter unter der Voraussetzung der Benutzung aller Schutzvorrichtungen vereinbart wurden. Bisher war dieses nicht geschehen. — Zum Widerspruch aber reizt folgende Stelle im Bericht von Bromberg:

„Auch geradezu fahrlässigen Leichtsinns kann ein Lehrling einer Maschinenfabrik zu Tode, ein anderer zu einer schweren Körperverletzung, als sie in ein festgeschlossenes, mit Ladefirmen gefülltes Faß mit einem glühenden Eisen ein Zapfloch zum Abfließen bohrten; die Masse explodierte und verursachte die Unfälle.“

Daß der Berichterstatter „den fahrlässigen Leichtsinns“ allein bei den Lehrlingen voraussetzt, geht aus seiner weiteren Darlegung hervor. Direkt im Anschluß an obiges Zitat heißt es weiter: „Wehnliche Folgen hatte der Uebermunt zweier jugendlicher Arbeiter.“ Uns erscheint dieses harte Urteil ungerechtfertigt. Soll es gerecht sein, dann müßte der Bericht Angaben enthalten, ob die Lehrlinge über den gefährlichen Charakter des Ladefirmens unterrichtet waren. Und — wie stand es um die Werkzeuge? Ueberhaupt will uns bedanken, daß solche Arbeit für Lehrlinge ungeeignet ist. Angesichts dieser Dinge liegt der fahrlässige Leichtsinns viel mehr bei den verantwortlichen Betriebsleitern wie bei den Lehrlingen.

Auf dem Gebiet der Unfallverhütung ist die Einrichtung einer Zellstoff-Fabrik im Bezirk Düsseldorf auch für die Metallindustrie nachahmungswert. Die Zellstoff-Fabrik hat zur Verhütung von Unfällen eine Kommission von Arbeitern gebildet, welche den Betrieb überwachen. Die Arbeiterkommission achtet besonders darauf, daß die Schutzvorrichtungen stets in Ordnung sind. Auf etwaige Mängel macht sie die Werkleitung sofort aufmerksam. Die Einrichtung hat sich nach den Mitteilungen des Werkes durchaus bewährt. Auch sei die Arbeiter-Ueberwachungskommission wiederholt mit brauchbaren

Vorschlägen für die Anbringung neuer Schutzvorrichtungen hervorgetreten. — Das ist eine kalte Douch für die Vertreter des Herrn-im-Hause-Standpunktes. Nach ihrer Meinung erschüttern solche Einrichtungen die Autorität. Andere von ihnen halten die Arbeiter für zu beschränkt zu solcher Mitarbeit. Ein Versuch dürfte das Gegenteil dartun. Hoffentlich ist der bejagte Betrieb nicht mehr lange der einzige weiße Hase.

Eine beachtenswerte Einrichtung hinsichtlich der Unfallverhütung besteht auf einer Papierfabrik im Bezirk Köln. Dort sind von den 1120 beschäftigten Personen neben 45 Arbeitern auch 8 Arbeiterinnen in der ersten Hilfsleistung bei Unfällen ausgebildet worden. Eine Meinung, die sich durchaus bewährt hat. Die Arbeiterinnen zeigten beim Anlegen der Verbände großes Geschick, und ihre Hilfe wurde namentlich von anderen Arbeiterinnen naturgemäß lieber in Anspruch genommen, als die Hilfe der männlichen Samariter. Nirgendwo in dem ganzen Bericht ist davon die Rede, daß es auch in der Metallindustrie weibliche Samariter gibt. Eine hebenwürdige Erscheinung, wenn man berücksichtigt, daß in Preussens Metallindustrie ungefähr 85 000 Arbeiterinnen in Betrieben von mindestens 10 Personen tätig sind.

Auf dem Gebiete der Alkoholbekämpfung sind ebenfalls Fortschritte zu verzeichnen. In manchen Stellen ist für den Alkohol Ersatz geschaffen durch kostenfreie oder billige Abgabe von Erfrischungsgetränken wie Kaffee, Milch, Mineralwasser u. dergleichen. Diese Bestrebungen sind erfreulich. Ist doch der Alkohol ein der überflüssigsten Dinge. Wie gut es ohne ihn geht, zeigt eine Mitteilung aus dem Bezirk Arnberg. Auf einer Zinkhütte wurde Ende 1909 der seit vielen Jahren bestehende Bierauschank eingestellt. Es war die gute Folge eines zweimonatlichen Bierboikotts. Der tägliche Bierverbrauch der Hütte betrug früher etwa 500 Liter. Dafür mußten alljährlich ungefähr 50 000 Mk. angewendet werden. Nach einer angestellten vergleichenden Ermittlung sei die Arbeitsleistung nach der Einstellung des Bierauschanks geblieben; in der Hütte beispielsweise um 4 Prozent. Auch sei die Zahl der Kranken- und Fehlschichten zurückgegangen.

Fast alle Berichterstatter äußern sich zu den Bestrebungen, welche darauf hinführen, die Fabrikarbeiterinnen Hauswirtschaftlich zu bilden. Manche Faktoren sind tätig den Arbeiterinnen die Kenntnis beizubringen, einem Arbeiterhaushalt vorzuziehen. Religiöse und soziale Vereine, Kommunen, Unternehmer u. a. m. haben sich auf diesem Gebiet mit wechselnden Ergebnissen bemüht. Teils ist man befriedigt, teils nicht. In manchen Orten scheuten die Arbeiterinnen den Lohnausfall, der durch Teilnahme am hauswirtschaftlichen Unterricht, welcher in die Arbeitszeit fiel, entstand. In anderen Orten zeigten die Arbeiterinnen wenig Neigung, am hauswirtschaftlichen Unterricht teilzunehmen, der in die Abendstunden fiel. Es ist beides verständlich für den Kenner der Verhältnisse. Der Lohn ist in der Regel, von Ausnahmen abgesehen, so bemessen, daß auf keine Stunde Lohn verzichtet werden kann. Andererseits ist nach getaner Arbeit die zum Leben nötige Energie verbraucht. Nur willensstarke gesunde Personen können dieses. Beklagenswert, aber Tatsache, die sich nicht weg reden und schreiben lassen. Mit diesen Zuständen muß der Sozialpolitiker als gegeben rechnen und dementsprechend neue Wege suchen.

Da scheint denn der Weg, den eine Firma im Bezirk Köln eingeschlagen hat, gangbar zu sein. Die Firma hat im Jahre 1892 eine Nähsschule eingerichtet, worin alljährlich 20 Arbeiterinnen im Flicken, Stopfen, Zuschneiden, Hand- und Maschinennähen unterrichtet werden. Die auszubildenden Sachen werden von den im 18. bis 20. Lebensjahre stehenden Schülerinnen mitgebracht. Sämtliche Nähmittel, Nähmaschinen und Nähstoffe für ein Frauenhemd und Stoff zu einem Rock, Kleider, liefert die Firma den Teilnehmerinnen unentgeltlich. Der Unterricht wird von einer geprüften Handarbeitslehrerin wöchentlich Montags und Donnerstags zwischen viereinhalf und sieben Uhr erteilt. Für den Unterricht im Maschinennähen stehen zwei Nähmaschinen zur Verfügung. Durch den Besuch der Schule entstehen den Mädchen keinerlei Kosten. Der Lohnausfall wird von der Firma gezahlt. Die Unterrichtserfolge sollen durchaus zufriedenstellend sein. Seit 1909 können jedes Jahr 16 Mädchen, die ein Jahr auf der Fabrik beschäftigt und 18 Jahre alt sind, an den von der Stadt eingerichteten Kochkursen teilnehmen. Die Kurse werden in der städtischen Schulküche abgehalten und umfassen 20 Nachmittage zu je 3 Unterrichtsstunden. Die in der Kochschule bereiteten Gerichte sollen so zusammengestellt sein, daß sie unmittelbar in den Arbeiterhaushalt übernommen werden können. Zu die Kosten teilen sich zur Hälfte die Stadt und die Firma. Die Arbeiterinnen haben keinerlei Kosten. Der Lohnausfall wird ihnen vom Werk ersetzt. Diese Einrichtung ist zweifellos beachtenswert.

Ta bieten denn die Berichte der preussischen Gewerbeaufsicht eine Fülle von Material, aus dem unsere Kollegen die rechte Lehre ziehen wollen. Wir verweisen auf die entsprechenden Artikel in Nr. 21 und 23 unseres Organs. Auf die Bundesratsbekanntmachung über den Betrieb der Anlagen der Großeisenindustrie werden wir noch besonders zurückkommen.

## Aus der Arbeiterbewegung.

### Der Verband evangelischer Arbeiterinnentereine Deutschlands

hält am 18. und 19. September in Dresden seine 2. Vertreterversammlung ab. Die reichhaltige Tagesordnung enthält folgende Hauptpunkte: 1. Die evangelischen Arbeiterinnentereine und die nationale Arbeiterbewegung; Referent: Herr Pastor Trexler, Kleinmachwitz b. Dresden. 2. Die evangelischen Arbeiterinnentereine und die Jünger Mission; Referent: Herr Pastor Schaffen, Berlin-Dahlem. 3. Die evangelischen Arbeiterinnentereine; und die christliche Frauenbewegung; Ref.: Freim. L. v. Wertheim-Kassel. Ein öffentlicher Vortrag mit Lichtbildern. Die Gartenstadt Stettin; Referent: Dr. W. Töhrn. Zur Beratung stehen eine Anzahl Anträge betr. die Ausgestaltung des Verbandsorgans „Die deutsche Arbeiterin“, Einrichtung von Spargelgenheiten für die Vereinsmitglieder, Einrichtung von Kursen zur Schulung von Arbeiterinnen zu Vorstandsmitgliedern und Beamtinnen der Vereine u. a. m. Alle Anfragen, die Tagung betreffend, sind an das Sekretariat des Verbandes Hannover-Döhren, Bahnstr. 1. zu richten.

### Zur niederrheinischen Tabakarbeiter-Anbsperrung.

Die christlich organisierten Tabakarbeiter des Niederrheins sind nach wie vor ausgeperrt. Eine Werbung ist noch nicht eingetreten. Wie wir bereits in der letzten Nummer berichtet haben, hatte der Fabrikantenverband dazu geraten, es sollten bei verschiedenen anderen Firmen die Fabrikantenschiffe vor-

gestellt werden, nachdem bei der bestreikten Firma Kasten die Verhandlungen gescheitert waren. Als dem entsprochen wurde, wiesen die Kastenfabriker die Fabrikanten die Ausschüsse auf. Betreiben der Firma Kasten zurück. Als dieses zweispaltige Verhalten entsprochen wurde, teilte der Fabrikantenverband dem christlichen Tabakarbeiterverband mit, diese Haltung sei auf einen Zeitraum zurückzuführen gewesen. Es sei bereits angeordnet, daß die Kastenfabriker die Ausschüsse erneut ruhen lassen müßten. Das war am Mittwoch, den 30. August, aber bis Samstag, den 2. September, war in der Sache nichts geschehen. Es bleibt also abzuwarten, ob in Kastenfabriken dem Verlangen des Fabrikantenverbandes noch entsprochen wird.

Erfreulich ist, daß sich die christliche Arbeiterschaft einmütig solidarisch mit den um ihr Recht kämpfenden Tabakarbeitern erklärt. Gerade im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe kann diese Solidarität durch entsprechende Beeinflussung des Konsums nachhaltige Erfolge zeitigen, wenn unsere Kollegen liberal auf dem Posten sind. Möge in allen Versammlungen für weitgehende Aufklärung gesorgt werden und besonders darauf hingewiesen werden, daß im Interesse der Solidarität auch einmal davon Abstand genommen werden muß, eine bestimmte Sorte Zigaretten oder eine bestimmte Marke Rauchtabak in den Geschäften zu verlangen. Die Konsumenten werden besonders bestrebt sein, auch andere Marken anzubieten, die von Firmen herrühren, die nicht in solcher Weise gegen die christlichen Arbeiter vorgehen. Die Firma Odenkott in Nees arbeitet immer noch darauf hin, die christlichen Arbeiter durch Arbeitswillige zu ersetzen und nachher die alten Arbeiter nach ihrer bestimmten Erklärung nicht mehr einstellen zu müssen. — Die Meldung in der Tagespresse, daß in Kastenfabriken eine große Anzahl der streikenden und ausgeperrten christlichen Arbeiter zum sozialdemokratischen Verband übergetreten sei, ist total erjunden. Es ist kein einziger christlich organisierter Fabrikant tätig geworden.

## Mundschau.

Freche Lügen und Verleumdungen sind es, die die Ortsverwaltung Solingen des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes über die dortige Heiderbewegung den Lesern der roten Parteipresse aufstischt. Die Öffentlichkeit sucht sie u. a. wie folgt anzulügen:

„Der Industriearbeiterverband macht nach wie vor Streikarbeit. . . Ebenfalls beharren die Brüder in Christo weiter bei ihrer Streikarbeit. Allerdings hat das Wackerdauern dieser Organisation bei der ganzen Bewegung nur einen geringen Einfluß aus, weil diese nur die ordinärsten Qualitäten herstellen.“

In 90 werten Zeilen läßt sich wohl schwerlich noch mehr an Infamie und Niedertracht andringen. Man beschuldigt hier einerseits unsere Mitglieder des Streikbruchs und verleumdet sie andererseits noch als fachlich minderwertig. Beide Infamien gehören zu den längst verrosteten Waffen aus dem Bestande sozialdemokratischer Geisteswaffen gegen christliche Arbeiter. Nur Stumpfsinn kann sich heute noch einbilden, mit diesen stumpfen Waffen noch Eindruck zu machen. Was zunächst den Vorwurf der fachlichen Minderwertigkeit angeht, so findet der schon durch die Arbeitslosenstatistik seine glänzende Widerlegung. In den Jahren der wirtschaftlichen Depression 1908 und 1909 wurden von unserem Verbande 8,15 Prozent und 7,15 Prozent der Mitglieder wegen Arbeitslosigkeit unterstellt. Diese Ziffern waren aber beim sozialdemokratischen Metallarbeiterverband bedeutend höher: sie betragen für dieselbe Zeit 19,76 Prozent und 20,76 Prozent der Mitglieder. Da aber bekanntlich die Unternehmer in der Zeit der Geschäftsflaute nicht die besten Kräfte zuerst abstoßen, sondern umgekehrt, so könnte man tatsächlich mit mehr Berechtigung von der fachlichen Minderwertigkeit der Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes sprechen.

Noch unvertroener aber mutet uns der Vorwurf des Streikbruchs an. Tatsache ist, daß der sozialdemokratische Metallarbeiterverband den Solinger Heiderstreik nur zur Vertretung seiner dortigen Konkurrenzorganisation angezettelt hat. Zu einem solchen Manöver werden wir unsere Hand nicht bieten. Auf derselben Stufe steht auch das Gerücht von dem Wackerdauern der Christlichen. Der „Stahlwarenarbeiter“, das Organ des sozialdemokratischen Solinger Industriearbeiterverbandes bringt in seiner Nr. 31/1911 über die Mitgliederzahlen folgende Aufstellung:

„249 Heider des Metallarbeiterverbandes haben am 11. August die Niederlegung der Arbeit beschlossen. Nach dem Streikreglement dieser Organisation wußte damit mindestens eine Dreiviertelmajorität erreicht sein. Den Fall angenommen, mit den 249 Stimmen sei nur die Dreiviertelmajorität erreicht worden, so ergibt sich daraus eine Höchstmitgliedszahl im Deutschen Metallarbeiterverband von 332. Wahrscheinlich ja sicher ist, daß die 249 Heider mehr als die Dreiviertelmajorität ausmachen, und der Deutsche Metallarbeiterverband die daraus sich ergebende Höchstmitgliedszahl von 332 bei weitem nicht erreicht. Immerhin angenommen, sie sei vorhanden, so stehen ihr 330 im Industrie- und Christlichen Metallarbeiterverband organisierte Heider gegenüber.“

Das christliche Wackerdauern bietet also im Verein mit den Industriearbeitern die Mehrheit. Das hindert natürlich die Schreier vom roten Metallarbeiterverband nicht, diese Mehrheit als Streikbrecher zu beschimpfen, weil sie es ablehnen, sich dem Wunsche der Minderheit entsprechend selbst aufzugeben. Im übrigen beurteilt der „Stahlwarenarbeiter“ die durch die „Taktiker“ des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Solingen geschaffene Situation wie folgt:

„Man weiß nicht, soll man weinen oder lachen über den traurigen Wahnsinn, der sich in diesen Tagen breit macht. Zum Weinen ist über all den Frevel, der vom Deutschen Metallarbeiterverband an der Solinger Arbeiterbewegung begangen wird, Ursache genug, und doch ist bei alledem eine Situation entstanden, wie geschaffen für ein Kaspertheater. Der Deutsche Metallarbeiterverband erscheint darin als der Hanswurst, der mit theatralischer Gebärde und schrecklichen Worten die Berrichtung einer großen Tat ankündigt und dem Fluche der Öffentlichkeit anheimfällt.“

Dem brauchen wir nichts hinzuzufügen!

Die ungeheure Zunahme der Ingenieure, Chemiker, Zeichner, Architekten, Verwalter u. Bureauangestellten, welche nach der Berufsstatistik von 263 000 im Jahre 1895 auf 686 000 im Jahre 1907 gestiegen sind, verursachte jemanden in Nr. 952 der Köln. Ztg. Verbefennungen. Natürlich sieht aber gute Mann nicht ein, daß die Vermehrung des technischen



Der Vertrag vom Jahre 1907 sah bei 10stündiger Arbeitszeit, 25% Zuschlag für Überstunden und 50% Zuschlag für Nacht- und Sonntagsarbeit, einen Mindestlohn für selbständige Monteure von 50 Pfg. für Hilfsmonteure von 38 Pfg. und für gelernte Monteure in den ersten 2 Jahren nach beendeter Lehrzeit 30 Pfg. pro Stunde vor. Für selbständige Monteure war ferner ab 1. Januar 1908 eine Lohnsteigerung von 5 Pfg. pro Stunde vorgesehen. Die Höhe der Vergütung für Arbeiten außerhalb des Werks unterlag der freien Vereinbarung, für Arbeiten, bei denen die Rückkehr abends möglich, wurde für Mittagessen und Beheizung 1,20 M. pro Tag sowie freie Hin- und Rückfahrt gewährt.

Die Verhältnisse, die sich inzwischen herausgebildet hatten, drängten auf eine entsprechende Neuregelung mit aller Eile hin. Die Löhne der Monteure schwankten den unseinerseits vorgenommenen statistischen Erhebungen zufolge zwischen 40 und 55 Pfg. pro Stunde. In einigen Fällen mag der Lohn höher gewesen sein. Die Löhne der Hilfsmonteure standen auf 20, 25, 30, 35, 36 und 40 Pfg. pro Stunde. In Bezug auf die Ausübung bei Montagearbeit herrschte völlige Anarchie.

Am 27. August nun wurde mit der inzwischen zustande gekommenen „Vereinigung elektrotechnischer Firmen Krefelds“ der Tarif erneuert, der im wesentlichen vorliegt:

1. 10stündige Arbeitszeit. 2. Für die ersten drei Stunden nach Feierabend einen Zuschlag von 30 und für Nacht- und Sonntagsarbeit einen solchen von 50%. 3. Der Lohn für Monteure darf nicht unter 45 Pfg. pro Stunde betragen. Selbständige Monteure erhalten einen Mindestlohn von 55 Pfg., Hilfsmonteure 40 Pfg. Mindestlohn pro Stunde. Der Mindestlohn für Hilfsarbeiter beträgt im Alter bis zu 21 Jahren 35 Pfennig und im Alter von über 21 Jahren 40 Pfg. pro Stunde.

Elektromonteure, welche eine dreijährige Lehrzeit in einem elektrischen Installationsgeschäft nachweisen können, erhalten in den ersten zwei Jahren nach beendeter Lehrzeit 33 Pfg. Mindestlohn pro Stunde. Nach Ablauf des vierten Jahres nach beendeter Lehrzeit beträgt der Mindestlohn bei anerkannter Selbständigkeit nicht unter 55 Pfg. pro Stunde. Für Monteure, welche bereits einen Stundenlohn von 55 Pfg. und darüber haben, tritt am 1. Septbr. 1912 eine Erhöhung von 3 Pfg. pro Stunde in Kraft. Der Lohn der nichtselbständigen Monteure soll durch die Verkürzung der Arbeitszeit eine Schwächung nicht erfahren, außerdem bleibt für diese im weiteren Jahre der Vertragsdauer der Mindestlohn auf 47 Pfg. pro Stunde.

4. In Zulage bei Arbeiten außerhalb des Werks, wo die Rückkehr abends nicht erfolgt, wird für selbständige Monteure 2,50 Mark, für Hilfsmonteure und Lehrlinge 1,60 bis 2,— Mark als Mindestsatz bezahlt. Bei Arbeiten, bei denen die Rückkehr abends erfolgt, wird nebst freier Hin- und Rückfahrt dritter Klasse 1,30 M. für Speise gewährt. Bei Entfernungen von über 2 Kilometer vom Geschäft wird die Straßenbahnfahrt vergütet.

Der Vertrag, der zunächst eine zweijährige Dauer hat und immer ein Jahr weiterläuft, wenn er nicht 6 Wochen vor dem Ablauftermin von einer der vertragschließenden Parteien gekündigt wird, ist für die hiesigen Elektromonteure ein sehr beachtenswerter Erfolg. Die Kollegen aus der elektrotechnischen Branche Krefelds, die abgesehen von einigen Ausnahmen unserm Verbandsangehörigen, können mit Vergnügen und Stolz auf die Arbeit der letzten Wochen zurückblicken. — Unsere Aufgabe besteht jetzt darin, die einmal gewonnene Position zu festigen und auszubauen. Vorbildung hierzu ist das treue Festhalten an unserer Organisation und die ausdauernde Verarbeitung zu ihrer weiteren Stärkung.

**Trier.** — Wir haben berichtet, sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Metallarbeiter in Trier sehr verbesserungsbedürftig. Diese schlechten Verhältnisse dürften lediglich auf die Organisationslosigkeit der Metallarbeiter in Trier zurückzuführen sein. Es sind jetzt Anzeichen vorhanden, daß die Metallarbeiterschaft von Trier bereit ist, selbst Hand anzulegen, um durch eine starke christliche Gewerkschaftsbewegung bessere Verhältnisse zu schaffen.

In den letzten Monaten haben sich zunächst die Klempner und Installateure fast vollständig dem christlichen Metallarbeiterverband angeschlossen. Da die Lohn- und Arbeitsverhältnisse gerade in diesem Berufe außerordentlich schlecht sind, beschloßen diese Kollegen, einen Tarifvertrag einzurichten. Die Meister aber nahmen anfangs nicht an der Sache teil und gaben nicht nur eine Antwort, sondern erschienen auch nicht zu den angelegten Verhandlungen. Die Gesellen haben darauf den Herren die richtige Antwort und letzten am Mittwoch, den 30. August geschlossen die Arbeit nieder. Mit Ruhe und Energie haben unsere jungen Kollegen in Trier den Kampf um ihre berechtigten Forderungen aufgenommen. Näheres über die Bewegung und über das Verhalten der Meister in der nächsten Nummer. Wir bitten die Kollegen allerorts, einzuweisen den Bezug von Trier abzuhalten.

**Zur Beachtung.** Bei allen Lohnbewerben ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuwenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Bezug fort.

**Schloß-Holte.** Auf der „Holter Eisenhütte“ (Hut. Dr. G. Tenar) stehen die Arbeiter im Streik. Bezug von Weislaachmieden, Schloßern, Formern und Hilfsarbeitern ist fernzuhalten.

**Menden-Börsche.** Die Drahtweber, Drahtzieher, (Grob- und Feinzug) und die Metallarbeiter der Firma „Neumalzwert“ stehen im Streik. Bezug ist streng fernzuhalten.

**Siegen.** Ueber die Siegener Aktiengesellschaft für Eisenkonstruktion, Brückenbau und Bergwerke ist die Sperrverbanat.

**Leipzig.** Aussperrung in der sächsischen und thüringischen Metallindustrie. Bezug ist fernzuhalten.

**Willingen, (Kreis Nees).** Auf dem Puddel- und Walzwerk Prinz-Leopold-Hütte stehen die Arbeiter wegen Lohnforderungen und Mißständen im Streik. Bezug von Puddlern und Walzwerkarbeitern ist fernzuhalten.

**Osnabrück.** Differenzen, Bezug von Metallarbeitern jeden Berufes nach Osnabrück und der Georgs-Marienhütte ist fernzuhalten.

**Rheidi.** Ueber die Firma Max Schorch ist die Sperrverbanat.

**Dortmund-Annen.** Ueber die Gießerei der Firma Krupp in Annen wurde wegen rigoroser Behandlung der

Formen und willkürlicher Arbeiterentlassungen die Sperrverbanat.

**Köln.** Die Elektromonteure stehen im Streik. Bezug fernhalten.

**Barmen-Eisfeld.** In der Metallindustrie hier selbst und der der Umgebung stehen die Arbeiter in einer Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit. Bezug ist streng fernzuhalten.

**Schwelm.** Bei der Firma Schubeis stehen sämtliche Arbeiter zwecks Abstellung von Mißständen und Abschluß eines Tarifs im Streik. Bezug ist streng fernzuhalten.

**Sagen.** Die Klempner- und Installationsgehilfen stehen in einer Tarifbewegung.

**Frankfurt a. M.** Die hiesigen Spengler und Installateure stehen im Streik.

**Düsseldorf.** In den Maschinenfabriken und Eisenwerkstätten bestehen Differenzen; teilweise stehen die Kollegen in Kündigung oder im Streik. Ehe Zurückende hier selbst Arbeit annehmen, haben sie sich auf dem Büro der Ortsverwaltung zu melden.

**M. Gladbach.** Die Firma Scheit und Bachmann, Eisenbahnmaterial-Handwerk und Eisenwerkerei, hat ihre gesamte organisierte Arbeiterschaft wegen vorliegender Differenzen ausgesperrt. Bezug von Arbeitern aller Art ist streng fernzuhalten.

**Weyern.** Die Weyerner Eisenhütte ist für Metallarbeiter aller Branchen — wegen Mißstandserkennung des Rohstoffs ausreicht — gesperrt.

**Schwä. Gmünd.** Ueber die Eisenwerkerei und Maschinenfabrik Metz und Schweiger ist die Sperrverbanat. Die Arbeiter stehen in Kündigung. Bezug ist streng fernzuhalten.

**Wachen.** Bei der Firma Faques Viechdorf stehen die Ueberhitzermonteure im Streik. Bezug auch nach Düsseldorf, ist fernzuhalten.

**Trier.** Die Klempner und Installateure stehen zwecks Einführung eines Tarifvertrages im Streik. Bezug von Klempnern, Installateuren und Schloßern ist fernzuhalten.

**Samm l.** In der Metallischen Herd- und Ofenfabrik, vorm. C. W. Blums sind Differenzen ausgebrochen. Bezug ist fernzuhalten.

**Saar.** Die Differenzen bei den Firmen Teide und Remy sind erledigt.

**Reinigungsarbeiten.**

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 10. Septbr. 1911 der siebenunddreißigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 10. bis 16. September 1911 fällig.

Die Ortsverwaltung Straßburg i. G. erhält die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Beitrages von 10 Pfa.; die Ortsverwaltung Ulm a. D. erhält die Genehmigung, außer dem bestehenden wöchentlichen Beitrag von 10 Pfa. noch einen weiteren von monatlich 10 Pfa. zu erheben. Die Mißstände dieser Beiträge hat die Ortsverwaltung Krefelds nicht zu dulden.

**Hünher.** Das Mitgliedsbuch Nr. 116035, lautend auf den Namen Josef Hof, Schloßer, eingetreten am 28. 2. 1910 in Essen a. d. Ruhr, ist vor etwa 14 Tagen gestohlen worden und wird hiermit für null und nichtig erklärt.

**Köln.** Das Mitgliedsbuch Nr. 134152, lautend auf den Namen Theodor Bauhoff, Schmelzer, ist auf der Reise verloren gegangen und wird hiermit für null und nichtig erklärt.

**Aus dem Verbandsgebiet.**

**Krefeld.** — In diesem Monat herrscht bei den Kollegen unserer Ortsgruppe das Bestreben, durch Errichtung eines Lokalkomitees unsere Position auszubauen und zu festigen. Die finanzielle Grundlage war bislang noch ungeklärt. In der am Sonntag den 27. August stattgefundenen Generalversammlung der Ortsgruppe wurde nach einem Vortrage unseres Bezirksleiters Kollegen Schmitz eine Stellung genommen zu einem Antrage des Vorstandes, der eine Erhöhung des Lokalaufschlages um 10 Pfg. pro Woche bezweckte. Nach lebhafter Diskussion in der alle Kollegen sich in zustimmendem Sinne äußerten, wurde der Antrag einstimmig angenommen. Der Beifall, der in der hier beschriebenen Versammlung zum Ausdruck kam, gibt uns die Gewähr dafür, daß wir uns den geschätzten Platz in der Arbeiterbewegung Krefelds erkämpfen werden. Kollegen, voran! Mit verdoppelter Tapferkeit!

**Frühl.** — Die Industrie zieht aufs Land; auch in der Umgebung unseres freundlichen am Vorgebirge zwischen Köln und Bonn gelegenen Städtchens hat sie sich angesiedelt. Die hiesige Arbeiterschaft ist aber noch zum größten Teile unorganisiert. Besser steht es schon in dieser Hinsicht mit den Arbeitern der Firma „Köln Eisenwerk und Maschinenbauapparatfabrik“. Diese Firma fertigt als Spezialität Kesselsätze an. Schon lange hatten wir in diesem Betriebe einen Stamm von alten treuen Verbandskollegen. Mehr und mehr gelang es diesen, auch ihre noch fernstehenden Arbeitskollegen für den christlichen Metallarbeiterverband zu gewinnen. Ein übriges besorgten in dankenswerter Weise die Bräuker Genossen durch ihre „Spunden“ in unserer ersten Betriebsversammlung. Auch die großschönigen Bemerkungen und Treueverpflichtungen der Genossen „unter sich“ blieben unseren Kollegen nicht verborgen und wurde dadurch ihr Eifer und ihre Energie erst recht entfacht. „Nun erst recht!“ sagten sie sich. In kurzer Zeit waren zwei Drittel der auf dem Werke beschäftigten Arbeiter in unserem Verbandsorganismus. Dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband aber gelang es trotz aller Bemühungen nicht, auch nur einen einzigen der Kollegen auf seine Seiten zu locken. Die Kollegen hatten erkannt, wo sie ihre Interessen am besten vertreten konnten.

Nachdem die Kollegen so erst am Ausbau ihrer Organisation gearbeitet hatten, besaßen sie sich in verschiedenen Sitzungen und Versammlungen mit ihren Lohn- und Ar-

beitsverhältnissen. Besonders waren es Arbeitsordnung, das Fehlen eines Arbeiterausschusses, Arbeitszeit und Löhne, welche einer Regelung bedürftig. Eine neue Arbeitsordnung und entsprechende Lohnforderungen wurden formuliert und nach eingehender Durchberatung der Firma unterbreitet. Die Firma schien anfänglich nicht geneigt, mit der Vertretung der Arbeiter über die Forderungen in Verhandlungen einzutreten. Das wurde bald anders, als die Arbeiterschaft ihren Willen nachdrücklich zu erkennen gab. Die Arbeitsordnung gelangte nach Ueberwindung einiger Einwände zur Annahme und wurde von dem darauf gewählten Arbeiterausschuß unterzeichnet. Auch hinsichtlich der Löhne kam dann eine schriftliche Vereinbarung der Firma mit dem christlichen Metallarbeiterverbande zustande.

Die Arbeitszeit wurde dahingehend geregelt, daß fortan um 6½ Uhr, statt bisher um 7 Uhr, Feierabend ist. Am Sonntag, sowie den Tagen vor Festtagen ist um 6 Uhr tags abends vor den hohen Festtagen um 5 Uhr Arbeitsruhe. Für die bisher nach Feierabend stehenden, muß jetzt bis dahin die bisher nach Feierabend stehenden, muß jetzt bis dahin beendet sein. Eine ganze Anzahl Forderungen allgemeiner Natur wurden von der Firma bewilligt. Ein fünfgliedriger Ausschuss entspricht einem langgehegten Wunsche der Kollegen.

Die Löhne aller beschäftigten Arbeiter wurden um 2, 3 und mehr Pfennig pro Stunde erhöht. Bei den Plan- und Zacon-Rostformern tritt eine direkte Preiserhöhung zwar nicht ein, jedoch eine durch Veränderung des Lohnsatzes bedingte Verbesserung Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit werden entgegen früher nun mit einem prozentualen Zuschlag vergütet. Die Gesamtlohnsteigerung berechnet sich im Jahresdurchschnitt auf 120—140 M. Mehrlohn für jeden beschäftigten Arbeiter. Mit Befriedigung dürfen deshalb die Kollegen auf das Ergebnis zurückblicken.

Dieser Erfolg verdanken die Kollegen ihrem Anschluß an den christlichen Metallarbeiterverband, der sich liberal als Partei und selbstwählter Interessentenvertretung der Metallarbeiter zeigt. Die Kollegen vom Kölner Eisenwerk müssen aber auch jetzt ihren an ihrer Organisation festhalten; denn, wie wichtig ist es, diese Verbesserungen fest zu halten und auszubauen. Das ist aber nur möglich, wenn die Kollegen jetzt auch in der Organisation ganz, unerschütterliche Mitarbeiter werden; vor allem heißt es jetzt auch die Verbandsorgane regelmäßig besuchen und das Verbandsorgan lesen; damit das gewerkschaftliche Interesse noch gehalten und immer mehr neue Mitglieder für unsere Sache gewonnen werden — zu Ruh und Frommen unseres Standes.

**Münster.** Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband ist mit den Arbeitgebern der Maschinenindustrie in Konflikt geraten. Die Führer dieses Verbandes traten einseitig mit Forderungen an die Arbeitgeber heran. Da jedoch erst im vorigen Jahre eine Neuregelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in diesem Gewerbe stattgefunden hatte, stimmten die Arbeitgeber nicht ohne weiteres zu. Zumal wehrten sie sich gegen die Forderung der Einstufungslohn, welche aber von den roten Führern gerade als Kardinalforderung bezeichnet wurde. Da jeder hartnäckig auf seiner Ansicht beharrte, schlugen alle Verhandlungsversuche fehl. Darauf kündigte der „Führer“ Genosse Fischer, in der roten „Münchener Post“ (Nr. 184) die Arbeitsüberlegung zunächst bei 5 Firmen an. Der Arbeitgeberverband beantwortete diese Drohung mit der Aussperrung der sozialdemokratisch organisierten Metallarbeiter.

Zur Vorgeschichte dieser Bewegung muß noch erwähnt werden, daß Fischer ein von uns an ihn gerichtetes Schreiben, in welchem um eine gegenseitige Verständigung ersucht wurde, mit ganz nichtigenden und ausweichenden Bedenken beantwortete. Er besetzte sich um eine förmliche Antwort herum und verweigerte sich jetzt noch in großen Ausfällen gegen uns und in einer Verhöhnung des Schreibens. Wenn wir auf Grund dessen es vorzuziehen, den weiteren brieflichen Verkehr mit dem Mann einzustellen, wird das jeder begreiflich finden. Ferner waren auf allen Versammlungseinladungen, die der sozialdemokratische Metallarbeiterverband vor und während der von ihm allein inszenierten Bewegung herausgegeben hat, stets die Worte zu lesen: „Zutritt haben nur Verbandsmitglieder oder solche, die es werden wollen.“ Uns war es auf Grund dieser sonderbaren Ausschmückerei eines Führers unmöglich gemacht, an der Bewegung überhaupt teil zu nehmen.

Daß der rote Metallarbeiterverband ein großes Interesse haben muß, daß das herabige Kampfgeld nicht vergrößert wird, geht wohl aus der Parole hervor, die er in Nr. 187 der „Post“ erklärt. Darin heißt es: „In den Betrieben des neuen Verbandes die eine Aussperrung nicht vollziehen sollten, legen die Mitglieder die Arbeit nicht nieder.“ In die christlichen Metallarbeiter nicht ausgesperrt sind, geht auch ihnen die Aussperrung ebenjowenig etwas an, als den nicht ausgesperrten sozialdemokratischen Metallarbeitern. Damit wird man sich wohl im roten Lager zufrieden geben müssen, ob man will oder nicht. Herr Fischer mag jetzt die Suppe gefäßtigt allein ausschöpfen, die er sich eingebröckelt hat. Der christliche Metallarbeiterverband hat gar keine Verantwortung, den Genossen jetzt den Karren aus dem Dreck zu ziehen. Diese Rolle müssen wir denken ablehnen.

Unverständlich ist es, wenn trotzdem dem christlichen Metallarbeiterverband von roten Führern noch Vorwürfe über sein Verhalten gemacht werden. So soll nach der „Post“ (Nr. 188) Genosse Kuth in einer Versammlung folgenden Satz ausgesprochen haben: „Eine saubere Rolle spielt auch in diesem Kampfe, wie das nicht anders zu erwarten war, die christliche Gewerkschaft. Sie hat ihre Mitglieder zum Teil aus den nicht bestreikten Betrieben herangezogen und in die bestreikten Betriebe hineingestellt. Es ist dies eine jener Ungehörlichkeiten, die zu dem ganzen Treiben dieser Ausschmückerei führt.“

Herr Kuth! Wer von den christlich organisierten Metallarbeitern wurde aus einem nichtbestreikten Betrieb herangezogen und in einen bestreikten Betrieb hineingestellt? — Solange Sie uns nicht mit Namen Nennen für Ihre Behauptung, müssen wir beratige Behauptungen als glatt erfunden bezeichnen!

Auch ein Inserat, welches im „N. M. Tagbl.“ erschienen ist (worin Maschinenhelfer und Eisenweber gesucht werden), muß den roten Freunden als Unfug dienen, um dem christlichen Verband ein anzuhängen, indem sie in Nr. 195 der „Post“ die Verdächtigung auszustreuen versuchen, als wäre das erwähnte Inserat „ebenfalls im Einverständnis mit den Führern der christlichen Gewerkschaften erschienen.“ Eine derartige Unterstellung weisen die christlichen Gewerkschaftsführer auf das entschiedenste zurück und bezeichnen diese Verdächtigung als Unverschämtheit. Solange die sozialdemokratische Partei die Gegenfrage sei hier gestattet: Warum verhindern die sozial-

demokratischen Führer (Schinger, Kuth und Konsorten) nicht — trotzdem die sozialdemokratische Partei den Schnapsböhkott proklamiert hat — daß von der „M. Post“ regelmäßig in ihren Inseraten jährlich einigemal in der Woche die Schnapsfirmen empfohlen werden. — Oder wirkt es nicht noch komischer, wenn die M. Post im reaktionellen Teil das Abattparochiem mit aller Schärfe bekämpft, und in der gleichen Nummer große Reklamainserate für dieses System bringt?

Wenn darum die Genossen den Unsinn verzapfen, indem sie die christlichen Gewerkschaften für ein Inserat in der bürgerlichen Presse verantwortlich machen wollen, dann sollen sie vorerst bei sich selbst, nämlich bei der „M. Post“ anfangen. Und dieses müßte um so leichter sein, da doch bei ihnen Partei und Gewerkschaft eins sind. Die sonstigen unqualifizierbaren Angestellte der roten Metallgenossen lassen uns darum vollständig kalt. Sollten sie aber dennoch fortfahren mit der bisher betriebenen „sauberen“ Kampfesweise, dann wissen wir uns noch anderweitig dagegen zu wehren.

**Siegen.** Eine imposante, von etwa 1200—1400 Personen besuchte Kundgebung der christlich-nationalen Arbeiterschaft des Siegerlandes fand am Sonntag, den 20. August im Kaiserlande dem größten Saale von Siegen statt. Aus fast allen Orten des längeren Siegerlandes waren die Mitglieder der christlichen Berufsverbände und der konfessionellen Arbeitervereine zusammengezogen, um die Ausführungen der beiden Redner, des Herrn Lizenziat Mumm-Berlin, und des Reichstagsabgeordneten, Herrn Schiffer-Düsseldorf zu hören. Der erstgenannte Herr sprach über die Bedeutung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung im wirtschaftlichen und im öffentlichen Leben. Kollege Schiffer referierte über die Reichsversicherungsordnung. Kollege Gierz eröffnete die Versammlung mit einigen Begrüßungsworten an die zahlreich erschienenen, legte dann die Gründe für die Einberufung der Versammlung dar, und brachte ein begeistert aufgenommenes Hoch auf unseren Kaiser aus.

Herr Lizenziat Mumm, von dem Anwesenden stürmisch begrüßt, gebachte eingangs seiner Ausführungen der großen Sozialpolitiker der beiden Konfessionen, wie Wichern, Stöcker, Bischof Ketteler, Dr. Hlbe usw., und zeichnete dann scharf das Wesen und die Bedeutung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung in ihren einzelnen Zweigen im Gegensatz zu der Arbeiterbewegung auf sozialdemokratischer Seite. Jeder christliche Arbeiter hat die Pflicht, — diese Mahnung zog sich wie ein roter Faden durch den ganzen Vortrag hindurch — dem für ihn in Betracht kommenden Einheitsverein seiner Konfession, wie auch der christlichen Organisation seines Berufes als Mitglied anzugehören. Mit der Aufforderung, endlich die Plausibilität und Gleichgültigkeit abzulegen und kräftig mitzuarbeiten in den Reihen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, schloß der Redner seine inhaltreichen, mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Nach einer kurzen Pause ergriff dann Kollege Schiffer, ebenfalls stürmisch begrüßt, das Wort zu seinem Vortrage über die Reichsversicherungsordnung. Der Redner schilderte eingehend das Zustandekommen der Gesetze und beleuchtete die im Landtag und Reichstag, namentlich bei Schaffung von sozialpolitischen Gesetzen sich ergebenden Schwierigkeiten. Dann schilderte er die Entwicklung der Arbeiterversicherungsgeetze in ihren einzelnen Phasen und erläuterte die hauptsächlichsten, durch die Reichsversicherungsordnung geschaffenen Neuerungen. Interessant waren auch die Ausführungen des Kollegen Schiffer über das Verhalten der Sozialdemokratie zu dem Zustandekommen dieses großen Gesetzgebungswerkes. Es sind nicht alle Wünsche der christlich-nationalen Arbeiterschaft erfüllt worden, so schloß der Redner seinen Vortrag über die geschaffenen Verbesserungen sind doch so bedeutend, daß die christlichen Abgeordneten dem Gesetz im Interesse der Arbeiterschaft zustimmen mußten. In der Diskussion sprachen in zustimmendem Sinne die Kollegen Hiltbrand, Beer und Stettler. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heute, am 20. August im großen Kaiserparksaale zu Siegen tagende, von über 1000 Personen besuchte Versammlung der christlich-nationalen Arbeiterschaft des Siegerlandes erklärt nach Anhörung der Vorträge der Herren Lizenziat Mumm und Reichstagsabgeordneter Schiffer die weitere unablässige Stärkung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung in allen ihren Zweigen für eine unbedingte Notwendigkeit. Daran mitzuarbeiten ist Pflicht aller christlich und vaterländisch gesinnten Männer. Die Versammelten sind überzeugt, daß nur durch eine starke christlich-nationale Arbeiterbewegung dem immer weiter um sich greifenden vorkommenden Treiben der Sozialdemokratie wirksam begegnet werden kann. Eine gezielte Weiterentwicklung der christlichen Standes- und Berufsvereine hat aber nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn konfessionelle Vereine und christliche Gewerkschaften einmütig zusammenstehen und sich in ihrer Arbeit gegenseitig ergänzen. Es ist deshalb unbedingt erforderlich, daß jeder christlich-nationalen Arbeiter der christlichen Organisation seines Berufes und dem für ihn in Betracht kommenden konfessionellen Verein als Mitglied angehört. Versammlung erwartet, daß die zur Erreichung dieses Zieles notwendige Arbeit von allen diesbezüglichen Vereinigungen baldigst und mit Nachdruck in Angriff genommen wird.“

In Bezug auf die Reichsversicherungsordnung erkennt die Versammlung an, daß insbesondere die aus der christlichen Arbeiterbewegung hervorgegangenen Abgeordneten ihre volle Pflicht getan und sich die größte Mühe gegeben haben, um für die Arbeiter das Möglichste herauszuschlagen. Die Reichsversicherungsordnung bringt gegenüber dem bisherigen Zustand eine Reihe von bedeutenden Verbesserungen. Der Sozialdemokratie stand ihrem Verhalten zufolge die jetzige Einkommenswirtschaft in den Krankenkassen höher als die Wohlstand, die den Kämpfern der Armen, den Heimarbeitern und Landarbeitern aus der Reichsversicherungsordnung erwachsen. Die Versammlung verurteilt die Haltung der Sozialdemokratie und protestiert gegen die Beschimpfungen, mit denen die christlichen Arbeiterabgeordneten anlässlich der Beschließung der Reichsversicherungsordnung von sozialdemokratischer Seite traktiert wurden. Den im Reichstag tätigen christlich-nationalen Arbeiterabgeordneten sprechen die Versammelten für ihr Verhalten bei Schaffung der Reichsversicherungsordnung herzlichsten Dank und volles Vertrauen aus.“

In seinem Schlusswort sagte Kollege Gierz noch einmal das Ergebnis der Kundgebung kurz zusammen und schloß dann mit einem Hoch auf die christlich-nationale Arbeiterbewegung die Versammlung, die aufs neue Mut und Begeisterung zu reger Weiterarbeit für unsere Ideale in der Siegerländer Arbeiterchaft entfacht hat.

**Böhrenbach** im Schwarzwald — unsere Ortsgruppe hielt am Sonntag den 13. August eine gut besuchte Mitglieder-versammlung ab. Kollege Kuhn aus Pforzheim redete über das Thema: „Unsere gewerkschaftliche Lage und die nächsten Aufgaben.“ In klaren verständlichen Ausführungen zeichnete der Redner unsere jetzige gewerkschaftliche Lage und welche Aufgaben uns als Gewerkschaftler in der Zukunft bevorstehen. Nach einer lebhaften Aussprache von Seiten der Kollegen wurde beschlossen. Vom 1. Oktober ab wird ein Kollektbeitrag von 10 Pfennig pro Mitglied und Woche bezahlt.

Kollegen von Böhrenbach, durch euer Vorgehen habt ihr bewiesen, daß ihr den Wert eines starken christlichen Metallarbeiterverbandes erkannt habt und auch gewillt seid, die Opfer zu bringen, die die gewerkschaftliche Arbeit erfordert. Dies zeigt von dem richtigen Geist, der in unserer Bewegung sein muß. Später den benachbarten Ortsgruppen können und wollen wir nicht zurückbleiben. Jetzt heißt es zeigen, daß wir Gewerkschaftler sind, die ihre Zeit verstehen. Jeder sei für die Ausbreitung des Verbandes tätig. Denn nur durch eine starke Organisation mit gutem Kassenbestand kann die Lage der Schwarzwälder Metallarbeiter gebessert werden. Darum steht fest und treu zusammen. Einer für Alle und Alle für Einen. Unsere Parole muß sein: Vorwärts immer, rückwärts nimmer!

**Regensburg.** In der bayerischen Maschinenfabrik Regensburg in Dechbetten wurde mit Wirksamkeit vom 15. August erstmals ein Tarifvertrag abgeschlossen. Die erreichten Verbesserungen sind folgende: Die Mindestlöhne betragen im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit nicht unter 25 Pf. Im zweiten Gesellenjahr nicht unter 32 Pfg. Von dieser Stufe ab tritt alljährlich eine Steigerung ein, so daß bis zum 22. Lebensjahr der Stundenlohn nicht unter 37 Pf. beträgt. Von hier bis zum 25. Lebensjahr beträgt der Mindestlohn nicht unter 40 Pfg. Arbeiter über 25 Jahre erhalten einen Stundenlohn von 41—45 Pf. Sämtliche Arbeiter, welche diesen oder einen höheren Lohn bereits haben, erhalten eine Lohnzulage von 2 Pfg. pro Stunde. Am 1. Juni 1913 erfolgt eine allgemeine Lohn-erhöhung von 1—2 Pfg. pro Stunde. Für Ueberstunden werden 25 Prozent, für Nachtarbeit 40 Proz. und für Sonntagsarbeit 50 Proz. Zuschlag bezahlt. Die Arbeitsbedingungen werden wie bisher beibehalten. Der Vertrag hat Gültigkeit bis zum 1. Juni 1914 und wurde vom christlichen und Deutschen Metallarbeiterverband abgeschlossen. Das Entgegenkommen der Firma muß anerkannt werden. Die Kollegen aber müssen nun durch weiteren Ausbau und weitere Stärkung der Organisation dafür sorgen, daß das einmal Erreungene nun auch erhalten und späterhin weiter vervollkommen wird.

**Literarisches.**

**Allgemeine Steuerlehre.** Von Dr. Paul Bensch. (Staatsbürgerbibliothek Heft 18.) 80 (44) Preis 40 Pfg. Wt.-Glabbad 1911, Volkvereins-Verlag G. m. b. H. Inhalt: 1. Begriff und Wesen der Steuer, 2. Terminologie im Steuerwesen, 3. Allgemeine Grundsätze des Steuerwesens, 4. Mindeststeuer und Steuerstufen, 5. Steuerüberwälzung, 6. Einteilung und Erhebung der Steuern Stichwörter.

**Steuerarten und Steuerysteme.** Von Dr. Paul Bensch. (Staatsbürgerbibliothek Heft 14.) 80 (111) Preis 40 Pfg. Wt.-Glabbad 1911, Volkvereins-Verlag G. m. b. H. Inhalt: 1. Abschnitt: 1. Die Ertragssteuern; 2. Die Einkommen- und Vermögensbesteuerung; 3. Die Zuwachssteuern; 4. Gebührensäquivalent und Mehrsteuer. Zweiter Abschnitt: 1. Die Verkehrssteuern; 2. Die Aufwandsbesteuerung. Dritter Abschnitt: Die Zölle.

Die beiden vorliegenden Hefte der Staatsbürgerbibliothek geben auf knappem Raum eine gute Kenntnis der allgemeinen Steuerprinzipien und des tatsächlichen Aufbaues unseres Steuerwesens. Das erstere behandelt die Grundfragen der Steuerlehre, Wesen, Zweck und Rechtsgrund der Steuer, die Steuerbarkeit der Besteuerung, die Frage der Steuerüberwälzung und der Einteilung und Erhebung der Steuern. Besonders Gewicht wurde dabei auf eine möglichst klare, in allen wichtigeren Punkten umfassende Behandlung der Steuergrundsätze gelegt. Denn nur aus der richtigen Erkenntnis der Steuerprinzipien kann eine objektive Würdigung jeder Einzelsteuer oder neu auftauchender Steuerprojekte gewonnen werden. Aber auch in den anderen Partien ist alles Wesentliche aus der allgemeinen Steuerlehre entfallen, so zwar, daß auch der Student hier hinreichendes Material findet.

Im zweiten Hefte (Nr. 14 der Sammlung) sind alsdann die verschiedenen Steuerarten rein objektiv zur Darstellung gebracht. Dem Inhalte nach deckt sich das Heft mit dem, was die Fachwissenschaft unter spezieller Steuerlehre begreift. Es galt da, eine gewaltige Fülle von Stoff auf begrenztem Raume zu bewältigen. Denn nicht nur die allgemeine Bewertung der einzelnen Steuern und Steuerarten sowie die verschiedenen Methoden der Besteuerung im Einzelstaat sind jeweils dargestellt, auch die Haupttatsachen der Gesetzgebung haben Raum gefunden. Dabei ist die Gesetzgebung bis zur unmittelbaren Gegenwart berücksichtigt, sowohl die Reichsfinanzreform wie die bayerische Steuerreform und die Reichszuwachssteuer. Dadurch wird das zweite Heftchen nicht bloß ein Mittel zur Orientierung über die verschiedenen Steuern im allgemeinen, über ihre mögliche Ausgestaltung und wissenschaftliche Bewertung, es vermittelt auch die nötigen Kenntnisse über den tatsächlichen Inhalt unserer Steuergeetze. Die Diktion ist so gehalten, daß die Hefchen von Studenten ebenso gut benutzt werden können, wie in Fortbildungsschulen und Arbeiterkursen.

**Gelbeingänge bei der Hauptkasse.**

- Monat August.
- Ludwigschafen 29,78. Reheim 853,11. Hamm 448,44. Furtwangen 316,45. Beer 20,19. Magdeburg 51,12. Hörsleben 25. Wülfel 17,40. Hannover 331,70. Karlsruhe 233,64. Gmünd 1500. Eisenach 44,22. Erlangen 33,06. Augsburg 489,59. Trierberg 195,10. München 500. Stuttgart 555,11. Höchst 289,82. Schweden 123. Verdoh 271,67. Straßburg 119,35. Bodenwöhr 163,33. Flensburg 250. Saarbrücken 339. Bruchsal 16,04. Konstanz 114,47. Mühlhausen i. E. 593,41. Rheine 472,59. Düsseldorf 1130,99. Siegen 554,03. Alme 270,81. Wolfenbüttel 78,05. Saale 153,45. Dären 189,55. Braunschweig 139,47. Passau 112,15. Bonn 48,70. Schwabach 400,80. Götting 41,38. Sölingen 2002,99. Eichstädt 128,20. Euskirchen 30,25. Hamm 800. Hendsburg 20,13. Lodinaw 8,53. Vödingen 217,71. Klein-Steinheim 15,07. Elm 100. Rärnberg 1236,33. Reffau 159,99. Coesfeld 24,87. Bromberg 61,79. Königs-

- berg 30,09. Wfen 892,93. Leer 30. Stromberg 147,09. Bremen 401,51. Ramsen 25. Wschaffenburg 25,66. München 664,27. Bergen 114,55. Aker 150. Eßlingen 187,33. Straßburg 11,80. Würzburg 117,59. Hannover 220. Theresienhütte 33,33. Niederreienberg 173. Duisburg 1000. Frankenthal 318,41. Trefeld 500. München 100. Kaiserlautern 215,67. Thale 80. Hamm 1000. Teubitz 50,45. Königshuld 23,69. Wmberg 600. Flensburg 450. Schwabmühl 100. Erlang 400. Duderstadt 88,59. Hagen 700. Wafseraltingen 958,82. Bwibrücken 50. Lauterbach 88,05. Oberursel 330,39. Aachen 2700. Köhlstedt 384,58. Schweinfurt 344,61. Wiesbaden 17,58. Olpe 300. Berlin 250. Grobenbroich 388,35. Essen 300. Bochum 250. Augsburg 35,70. Coblenz 339,95. Jüngelstadt 30. Eingen 150.

**Sterbetafel.**

- Stuttgart.** Am 1. September starb unser treuer Kollege Ph. Jeller, Flaschner, im Alter von 23 Jahren infolge eines Unfalls.
- Neunkirchen.** Am 31. August starb unser Kollege Karl Werner, Grubenschmied, nach längerer schwerer Krankheit im Alter von 29 Jahren.
- Solingen-Wald.** Am 21. Juli starb unser Kollege Friedrich Wöllgen im Alter von 71 Jahren an Altersschwäche. — Am 23. August starb unser Kollege Heinrich Raune im Alter von 20 Jahren an Vergiftung.
- Brühl.** Am 28. August starb unser Kollege Konrad Kuhl im Alter von 30 Jahren infolge eines Verkehrsunfalls.
- Köln-Sumbold-Kolonie.** Am 14. Juli verstarb in Coradonga in Mexiko unser Kollege Peter Schmitz im Alter von 37 Jahren. Geleantlich der dortigen Unruhen wurde er an seiner Arbeitsstelle erschossen.
- Freising.** Am 3. September starb der Begründer unserer Zählstelle, unser treuer Kollege Georg Tischler im Alter von 53 Jahren an den Folgen eines Lungenleidens.

**Versammlungs-Kalender.**

- Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!
- Freitag, den 8. September:
- Essen. Auf n. Wagenschmiede. Abends 8 Uhr „Zur Stadt Geberfeld“, Steelerstr.
- Sonntag, den 9. September:
- Augsburg. Abends 8 Uhr in der „Schützenhalle“ Wintergasse. Bremen. Teilnahme an der Vorstand- und Vertrauensmännerversammlung des Kartells. Alle erscheinen.
- Gliniasfeld. Abends 8 Uhr bei Dahrendorf.
- Dattingen. Abends 8.30 Uhr bei Knecht (früher Hammer).
- Hannover-Wülfel. Abends 8.30 Uhr bei Kersch in Döhren.
- Sannover-Silbesheim. Abends 8.30 Uhr im Braunschwelger Hof.
- Dort-Gmücher. Abends 8 Uhr bei Büding.
- Köln-Groenfeld. Abends 9 Uhr bei Korddörfer, Kerpferstr.
- Köln-Sünnwald. Abends 8 Uhr ein halb Uhr. Näh. i. Extracolladung.
- München. Gasthaus „Reicholdstadt“, Senefelderstraße 11. Referent: Kollege Krüger.
- Lüneburg. Jeden 2. Samstag im Monat.
- Sonntag, den 10. September:
- Bochum II. Punkt 11 Uhr bei Rask am Marktmarkt, Ecke Kdostr.
- Duisburg-Merdingen. Vorm. 11 Uhr bei Klinge, Düsseldorfstr. 5.
- Duisburg-Laar. Vorm. 11.15 Uhr bei Jansen, Katterstr.
- Duisburg-Beck. Vorm. 11.15 Uhr bei Zimmer, Katterstr.
- Düsseldorf-Eller. Vorm. 11 Uhr bei Haseloff, Gumbertstr.
- Düsseldorf-Oberkassel. Vorm. 11 Uhr bei Bosen, Uen-Wille.
- Dortmund-Görne. Vorm. 11 Uhr bei Drees, Kaiserstraße.
- Dortmund-Lünen. Vorm. 11 Uhr bei Müllmann.
- Dortmund-Barop. Nachm. 4 Uhr bei Schmittler.
- Dortmund-Werne. Nachm. 5 Uhr bei Tellenberg.
- Osten-Electromonteur. 11 Uhr bei Schmitz, Steelerstr. 61.
- Osten-Altendorf. Vorm. 11 Uhr bei Winterhoff, Stoppenerbergstr. 74.
- Osten-Werden. Vorm. 11 Uhr bei Paderg, Bornstr.
- Osten-Quittrop. Vorm. 11 Uhr bei Stattrop, Steelerstr.
- Sönnigen. Nachm. 4 Uhr bei Schiffermann.
- Samm-Weiten. Vorm. 11.30 Uhr bei Drees (Jusel). Ref. Rektor Wogel.
- Samm-Süden. Vorm. 11 Uhr bei Karbe.
- Samm-Nien. Vorm. 11 Uhr bei Brinzwirth.
- Samm-Wehrhagen. Vorm. 11 Uhr bei Helm.
- Samm-Stadt. Vorm. 11 Uhr bei Hellfeld.
- Samm-Sehen. Vorm. 11 Uhr bei Meis.
- Köln-Schnellweide. Morgens 11 Uhr bei Groß. Alle Kollegen erscheinen! Referent Kollege Zillekens.
- Köln-Merheim bei Rask. Nachm. 4 ein halb Uhr bei Schuhmacher. Kein Kollege fehlt. Referent Kollege Zillekens.
- Köln-Rath-Sennar. Mittags 1 Uhr bei Klein.
- Köln-Lindenthal. Morgens 11 Uhr bei Sabeler, Bachemerstraße.
- Langendreer-Werne. Nachm. 5 Uhr bei Wiesmann, Langendreer.
- Reheim-Ordnungsverwaltung. Nachm. 4 Uhr in der Schützenhalle Gewerkschaftsgebäude. Redner: Bezirksleiter Kollege Hirtfelder-Osten.
- Olberg. Nachm. 3.30 Uhr bei J. Pellermaun in Winge außerordentliche Generalversammlung. Referent: Kol. Hirtfelder.
- Paderborn. Vorm. 11 Uhr für beide Sektionen.
- Westerkotten. Nachm. 4 Uhr auf dem Schützenplatze öffentliche Kundgebung der christlich-nationalen Arbeiterschaft.
- Montag, den 11. September:
- Bremen. Abends 8.30 in der Marienburg Vortrag für die jugendlichen Kollegen.
- Duisburg. Abends 8.30 Uhr bei Roenhardt, Herrstr. 224. Vertrauensmännerversammlung.
- Pforzheim-Erlingen. Abends 8 Uhr in der Traube.
- Dienstag, den 12. September:
- Gelsenkirchen-Billen. Abends 6.15 Uhr bei Nachbarschule.
- Mittwoch, den 13. September:
- Essen. (Schloffer des Kleinwerkes.) Abends 8.30 Uhr Brander-Versammlung, „Zur Stadt Geberfeld“, Steelerstr.
- Flensburg. Abends 8.30 Uhr bei C. Rabe, Martenstr. 1. — Vortrag
- Freitag, den 15. September:
- Reheim. Abends 8.30 Uhr, große öffentliche Versammlung im Gefellenhause. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Kol. Beer über die Reichsversicherungsordnung.
- Pforzheim-Bilfinger. Abends 8 Uhr in der Neise.
- Sonntag, den 16. September:
- Berlin. Abends 8.30 Uhr in Schul, Festhalle, am Königsgraben 14a.
- Düsseldorf-Deurath. Abends 9 Uhr bei Lampenschert, Wiltichstraße. Gifel. Abends 8 Uhr bei Rabened.
- Hamburg. Abends 9 Uhr bei Schröder, Zalkstraße 97.
- Karlsruhe. Abends 8.30 Uhr im Parkgarten, Herrenstr. 34a.
- Köln-Sumbold-Kolonie. Abends punkt 9 Uhr bei Gut, Baffstr.
- Milbe. Abends 8.30 Uhr bei C. Rosenbald, Generaterversammlung. Ergänzungswahl des Vorstandes, Vortrag, Verchiedenes.
- Stuttart-Ganstaft. Abends 8.30 Uhr im Solale „Alter Hof“.
- Sonntag, den 17. September:
- Köln-Buchheim. Morgens 11 Uhr bei Busch, Frankfurterstraße.
- Köln-Elbrück. Morgens 11 Uhr bei Körtchlingen.
- Köln-Kall. Morgens punkt 11 Uhr bei Hönigesberg, Bremerstraße.
- Köln-Voll. Morgens 11 Uhr bei Paderbender, Hauptstraße 28.